

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Gesundheitsreform: Viele Spieler, viele Schritte, kein großer Wurf – Seite 4*
- *Nato-Verluste in Afghanistan: Durchhalteparolen im Bundestag – Seite 6*
- *Moscheebaustopp in München: WASG nimmt Stellung gegen Regierung von Oberbayern – Seite 12*
- *Internationaler Metallgewerkschaftsbund: Globalisierung sozial gestalten – Seite 15*
- *Dokumentiert: Programmatistische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland – Seite 18*

Ausgabe Nr. 20 am 6. Oktober 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Kritik an Stuttgarter Urteil

Der Tagesspiegel, 1. 10. rül. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat sich von dem umstrittenen Urteil des Stuttgarter Landgerichts, das am 29. September einen Versandhändler, der Anti-Nazi-Symbole verkauft, wegen „verbotener Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ zu 3.600 Euro Geldstrafe verurteilt hatte, sofort distanziert. Die Berliner Staatsanwaltschaft werde auch in Zukunft verfremdete Hakenkreuzabbildungen, die ausdrücklich zum Kampf gegen Neonazis dienten, nicht strafrechtlich verfolgen, erklärte der für politische Delikte zuständige Berliner Oberstaatsanwalt Jörg Raupach. In Berlin hatten bekannte Neonazis schon vor Wochen versucht, Anti-Nazi-Symbole durch Strafanzeigen verbieten zu lassen. René Bethage etwa, Gründer der 2005 verbotenen Kameradschaft „Berliner Alternative Südost“, hatte sich während des Wahlkampfes an einem Wahlstand der Grünen Jugend eine Anti-Nazi-Karte besorgt und persönlich dem Justiziar der Berliner Polizei übergeben mit der Aufforderung, dagegen strafrechtlich vorzugehen. Das hat die Polizei nach Rücksprache mit Oberstaatsanwalt Raupach jetzt formell abgelehnt. Auch ein weiterer Versuch von Neonazis, die Justiz gegen solche Antifa-Symbole einzuschalten, ist nach Berichten der Grünen Jugend in Berlin gescheitert.

Elterngeld längst nicht für alle – Aufenthaltsgründe als Ausschlussgründe

BT, 29.9., scc. Das vom Bundestag mit Mehrheit beschlossene Elterngeld enthält für Menschen ohne deutschen Pass eine Reihe von Ausschlusskriterien, die z.T. zunächst nicht vorgesehen waren. Entsprechende Einwendungen gegen die Zahlung etwa an Asylbewerber – hier war zunächst vorgesehen, dass so genannte Kontingentflüchtlinge Elterngeld bekommen – waren aus der CDU/CSU und dem Bundesrat gekommen. So wurde relativ kurzfristig eine Reihe von Aufenthaltsgründen zum Ausschlusskriterium. Der CDU-Abgeordnete Singhammer ließ sich in der Bundestagsdebatte am 29.9. zunächst darüber aus, dass „uns jede Familie und jedes Kind gleich viel wert“ ist – schon das war gelogen, denn im Großen und Ganzen ist das Elterngeld um so höher, je höher das Einkommen –, um dann fortzufahren: „Schließlich ist es uns gelungen, falsche Anreize zur Zuwanderung aus dem Ausland mit dem neuen attraktiven Elterngeld zu vermeiden. Ausländer mit nur vorübergehendem Aufenthalt, wie z.B. Spezialitätenkö-

che, erhalten kein Elterngeld.“ Damit wird der Anspruch, mit dem Elterngeld eine Art Lohnersatzzahlung und Ausgleich für den Einkommensverlust geschaffen zu haben, unterhöhlt. Der familienpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke, Jörn Wunderlich, zweifelt die Verfassungsmäßigkeit an, da das Bundesverfassungsgericht die Ungleichbehandlung bei anderen Familienleistungen wie Erziehungsgeld und Kindergeld für verfassungswidrig erachtet, wenn unabhängig vom Aufenthaltstitel von einem dauerhaften Aufenthalt ausgegangen werden kann.

Ehrlicher zweiter Arbeitsmarkt

www.dgb.de, 2. 10. alk. Unter der Überschrift: „Mehr als Ein-Euro-Jobs“ ist am 2. Oktober in der Frankfurter Rundschau ein Beitrag von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erschienen, in dem sie sich für einen „ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt einsetzt. Frau Buntenbach schreibt unter anderem:

Zumindest mittelfristig ist öffentlich geförderte Beschäftigung unverzichtbar. Sie sollte auf Zielgruppen konzentriert werden. Für ältere Langzeitarbeitslose sowie gesundheitlich angeschlagene Arbeitnehmer/innen mit geringen Chancen auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt fehlt ein Beschäftigungsinstrument „ehrlicher zweiter Arbeitsmarkt“ zur mehrjährigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsförderung für Tätigkeiten, die der Allgemeinheit zu Gute kommen.

Der „ehrliche zweite Arbeitsmarkt“ ermöglicht eine geförderte Beschäftigung über längere Zeit auch in Betrieben, die sich dem Wettbewerb stellen. Die Förderung soll hier einen Nachteilsausgleich bewirken nach dem Vorbild der Integrationsfirmen und sozialen Betriebe. Für marktferne Tätigkeiten im öffentlichen Interesse (Non-Profit-Bereich) sollen insbesondere Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie Vereine als Arbeitgeber (Beschäftigungsträger) gewonnen werden.

4. Die Kosten von sozialversicherungspflichtiger öffentlich geförderter Beschäftigung sind für die öffentlichen Hände insgesamt kaum teurer, teilweise sogar günstiger, als die sog. Ein-Euro-Jobs. Falsche Finanzanreize im SGB II für die beteiligten Träger verhindern einen Einsatz von Ein-Euro-Jobs als ultima ratio-Maßnahme, wie gesetzlich im SGB II eigentlich angelegt.

Streit um Mozart-Oper Idomeneo

Spiegel-Online, 28.9., Berliner Zeitung, 29.9. rül. Die Entscheidung der Intendantin der Deutschen Oper in Berlin, Kirsten Harms, die Aufführung der Mozart-Oper „Idomeneo“ wegen an-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

geblich drohender islamistischer Angriffe abzusetzen, sorgt weiter für Debatten. Inzwischen gibt es zahlreiche Forderungen, die Entscheidung rückgängig zu machen, auch Rücktrittsfordernungen gegen die Intendantin. Berlins SPD-Innensenator Körting, aus dessen Polizei die Warnungen vor möglichen islamistischen Reaktionen gekommen waren, hat sich dafür öffentlich entschuldigt. Wissenschaftssenator Flierl (PDS), an den sich die Intendantin vor ihrer Entscheidung ebenfalls gewendet hatte, steht ebenfalls in der Kritik, weil er den Brief der Intendantin zehn Tage lang unbeantwortet ließ. Auf der anderen Seite gibt es auch Kritik anderer Art. Der bayerische CSU-Fraktionschef Herrmann wird in „Spiegel-Online“ mit der Forderung zitiert, „besser wäre es gewesen, die Berliner Neuenfels-Inszenierung der Mozartoper Idomeneo schon früher zu hinterfragen“. Mit abgeschlagenen Köpfen von Christus, Buddha und Mohammed zu provozieren, möge zwar zur Kunstfreiheit gehören, sei „aber trotzdem zugleich Verhöhnung und psychische Gewalt gegenüber vielen Gläubigen“. Dass solche Kritik nicht eine vereinzelte CSU-Meinung ist, hat die PDS-Abgeordnete Jelpke am 28.9. in einer Pressemitteilung deutlich gemacht: „Es freut mich, dass so große Einhelligkeit in der Frage der Kunst- und Meinungsfreiheit besteht. Selbst Edmund Stoiber hat sich in der „Bild“-Zeitung dafür ausgesprochen, die Freiheit der Kunst zu verteidigen. Der gleiche Edmund Stoiber hat noch vor wenigen Wochen die Verschärfung des §166 StGB gefordert. Dieser Paragraph stellt die Verletzung religiöser Gefühle unter Strafe, wenn dadurch nach Meinung der Strafanzeigensteller der öffentliche Friede gefährdet sei. Wenn Stoiber nun so inbrünstig die Kunstfreiheit verteidigt, heuchelt er oder hat in den letzten Wochen eine erstaunliche Wandlung durchgemacht. Denn in der Vergangenheit war von ihm nie Protest zu hören, wenn gegen die Verspottung christlicher Glaubensinhalte oder der katholischen Kirche staatsanwaltlich eingeschritten wurde. Wie sich jetzt zeigt, ist unsere Gesellschaft auch ohne die Hilfe von Staatsanwaltschaften und Gerichten in der Lage, sich über die Grenzen der Kunstfreiheit zu verständigen. Der ‚Gotteslästerungs-Paragraf‘ kann also getrost gestrichen werden.“

BRD an der Flüchtlingsfront auf Lampedusa

Heute im Bundestag, 26.9. alk. Zwei deutsche Beamte sind im August auf die italienische Insel Lampedusa entsandt worden, um die dortigen Behörden bei der Identifikation gelandeter afrikanischer Flüchtlinge zu beraten. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Ant-

wort (16/2588) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/2486). Schwerpunkte der Beratung seien die Bestimmung der Herkunftsländer und die Befragung der illegalen Migranten gewesen. Laut Regierung unterstanden die Polizisten dem deutschen Innenministerium, hatten keine Waffen dabei und seien ohne hoheitliche Befugnisse tätig gewesen. Weiter heißt es, Deutschland plane keine humanitäre Hilfe in diesem Bereich. Danke für diese Klarstellung!

Kultur I – „Du hast nichts, stell Dich nicht an“

Faz 25.9./28.9 maf. Der Boxer Abraham verteidigte am 24.9. in Wetzlar seinen Weltmeistertitel im Mittelgewicht erfolgreich, obwohl sein Gegner Miranda ihm in der dritten Runde mit einem Kopftreffer den Unterkiefer zweifach brach. Nachdem Miranda in der fünften Runde Abraham mit einem Kopfstoß weiter lädierte, wurde der Kampf zwecks Untersuchung kurz unterbrochen. Ringarzt Professor Walter Wagner besorgte eine Notfallversorgung, „stopfte“, wie die FAZ meldet, „eine Kompresse nach der anderen in Abrahams Mund“. Der Trainer, Uli Wegner, laut demselben im bewunderndem Unterton gehaltenen Artikel, „herrschte“ seinen Mann „mit schneidender Stimme“ an: „Du hast nichts, stell Dich nicht an“. Nach dem Kampf fuhr der ebenfalls anwesende Chefarzt einer Siegerner Klinik mit dem Champion ins Krankenhaus, um dessen Kiefer mit zwei Titanplatten zusammenzufügen.

23 Schrauben waren nötig. Berichtet wird ferner, dass Abraham etwa einen Liter Blut im Ring verloren hätte. Arthur Abraham ist „seit kurzem deutscher Staatsbürger und tritt mit der Nationalhymne in den Ring“. – Ja das muss man doch gesehen haben, direkt am Ring, aus nächster Nähe selbstverständlich: nur dort werden alle müden Sinne angekitzelt, kann man das Blut und den Schweiß riechen.

Kultur II: Katholisch-islamische Weltverschwörung aufgedeckt

Faz 5.10. maf. Professor Doktor Udo Schnelle von der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg kritisiert unter diesem seinem vollen Titel in einem Leserbrief an die FAZ den Papst, der sich bis zu Selbstverleugnung entschuldige, weiler zu seiner Rolle als Global Player im weltweiten Diskurs der Religionen die Muslime brauche. Schnelle: „Eine merkwürdige Konstellation bahnt sich da an: der Islam und der Katholizismus als Hüter und Wahrer einer religiösen Welt, die von ihnen bestimmt wird.“ Und weiter: „Auf der anderen Seite steht der Protestantismus mit seinem Konzept der selbstbestimmten Religion und dem Postulat der Freiheit auch des Andersdenkenden. Es ist an der Zeit, dass der Protestantismus in dieser merkwürdigen Zeit der Beleidigten und der Feigen endlich seine Stimme erhebt und ohne diplomatische Rücksicht die Dinge beim Namen nennt.“

Zusammenstellung: alk



Kultur III – Traditionsgüter als Schnäppchen?

Stuttg. Ztg. 5.10. alk. Der baden-württembergische Ministerpräsident will einem Freund helfen. Das Haus Baden ist klamm, es müsste sein Schloss in Salem renovieren, aber trotz Untervermietung als Internat für den Nachwuchs von richtig Reichen, den Einnahmen aus Weinbau usw. reichen die Mittel nicht. Schließlich will man auch mal mit der Familie auf die Pferderennbahn nach Iffezheim (Bild: Markgraf Max, Freund Oettinger, Prinzessin Stefanie, Erbprinz Bernhard). Oettinger hatte eine Idee: es gibt im Badischen Landesmuseum eine Sammlung von altem Kram, der seit der Abdankung des Hauses Baden dort liegt. Man könnte davon doch einiges verkaufen ... Der „Kram“ sind Handschriften, die die Geschichte des Landes Baden dokumentieren, entsprechend groß ist die Empörung bei allen, die wissen dass sich Herrschaft&Kultur nicht mit dem Vermögen vererben, sondern gepflegt, dokumentiert und gezeigt werden müssen. Abgesehen davon sind die Besitzverhältnisse nicht so, wie Oettinger angenommen hat. Viele Experten sagen, die Handschriften seien längst Eigentum des Landes Baden-Württemberg. Jetzt soll den zuständigen Ministern was Neues einfallen, damit das Haus Baden nicht verarmt.

Viele Spieler, viele Schritte, kein großer Wurf

Auch nachdem sich CDU, CSU und die SPD auf weitere Punkte der Gesundheitsreform geeinigt haben (siehe Kasten), ist nicht zu erwarten, dass der Streit um einzelne Punkte aufhören wird. Das liegt nicht so sehr an unterschiedlichen „ideologischen“ Ausgangspunkten, vielmehr sind diese ideologischen Ausgangspunkte Ausdruck unterschiedlicher Interessensmischungen bei den beteiligten Parteien. Der Streit geht nicht nur zwischen SPD und den Unionsparteien, sondern auch innerhalb der Parteien. Die Machtspiele, als die das ganze dem Publikum oft dargestellt wird, werden getragen von handfesten Sachkonflikten.

„Alles hängt mit allem zusammen“, sagte Stoiber, und tatsächlich sind es viele Mitspieler und Betroffene bei der anstehenden Umgestaltung des Gesundheitswesens und selbst kleinere Verschiebungen können große Wirkung zeigen. Es gibt Gründe, warum die Reform aus „einem Guß“, als „großer Wurf“ nicht möglich ist.

Die Spieler auf der Einnahmenseite

Auf der Einnahmenseite sind es erstens die Unternehmen, die Sozialversicherungsbeiträge abführen müssen. Von dieser Seite ist im Moment eher wenig zu hören, denn alle Großkoalitionäre sind sich einig: Der Faktor Arbeit soll entlastet werden, d.h. die Beiträge für die Unternehmen sollen nicht steigen. Bei den Oppositionsparteien sind die Grünen auch dafür und die FDP sowie so, am liebsten noch mehr.

Dann sind da die Versicherten, sie haben ein Interesse an möglichst niedrigen Kosten für optimale Leistungen im Versicherungsfall, der Einfluss darauf geht aber nur vermittelt über die Politik und äußerst eingeschränkt und auch sehr vermittelt über die sogenannte Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenkassen. Hier ist von der großen Koalition versprochen, dass durch den Gesundheitsfonds die Krankenkassen künftig stärker gezwungen sind, ihre Verwaltungskosten niedrig zu halten. Allerdings sagte die Kanzlerin schon früh, dass die Gesundheit künftig mehr kosten werde. Dieses Mehr soll unter anderem durch einen höheren Zusatzbeitrag der Versicherten aufkommen, der von den Krankenkassen im Bedarfsfall erhoben wird. Darin sind sich die Koalitionäre einig. Die SPD, die nach den letzten Wahlen dringend etwas für ihr soziales Image braucht zettelte an diesem Punkt dann den Kampf um eine Begrenzung der Zusatzzahlung an und hat sich jetzt auch weitgehend damit durchgesetzt, da auch die Union keinen Be-

darf am Image von sozialer Kälte hat.

Die nächsten Beteiligten auf der Einnahmenseite ist der Staat in seinen verschiedenen Gliederungen. Einig ist sich die große Koalition, daran sei noch mal erinnert, darin, dass bestimmte Leistungen des Gesundheitssystems wie die Mitversicherung der Kinder künftig aus Steuermitteln erfolgen sollen. Dazu dient unter anderem die Erhöhung der indirekten Steuer, die aber im geplanten Umfang noch nicht ausreichen wird; aber das ist eben später und darüber wird jetzt nicht gestritten. Gestritten wird aber über den vor allem regionalen Ausgleich zwischen den verschiedenen Krankenkassen. Hier sind die Interessen der verschiedenen Bundesländer in einer recht komplizierten Weise berührt, weswegen dieser Punkt zunächst abgenickt und erst nach Nachrechnen in den Staatskanzleien vor allem in München und Stuttgart dann doch zum großen Konfliktpunkt wurde. In den südlichen Bundesländern haben die Versicherten im Schnitt höhere Einkommen, es gibt weniger Arbeitslose und auch der Anteil der Rentner ist geringer. Daher sind die Einnahmen der Krankenkassen verglichen mit dem Norden und vor allem dem Osten höher. Zwar gab es auch bisher schon einen Ausgleich zwischen Krankenkassen mit höheren und geringeren Risiken, verursacht durch unterschiedliche Altersstruktur und Einkommen. Durch den Gesundheitsfonds mit einem bundesweit einheitlichen Beitragssatz für alle Krankenkassen wird dieser regionale Ausgleich zwischen den Kassen neujustiert. Die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern sagen, zu ihren Ungunsten, weil die Betriebe und Versicherten künftig mehr zahlen müssen. Die jetzt gefundene Regelung ist noch keine, sie gibt vielmehr Gelegenheit, die Daten noch einmal durchzurechnen und eventuell durch Feinjustierungen nicht allzu viel an den bisherigen Finanzströmen zu ändern.

Dieser Punkt ist auch deshalb so konfliktreich, weil „alles mit allem zusammenhängt“. Die große Koalition hat zwar die Föderalismusreform ohne großen Streit und Aufsehens beschlossen, aber diese Verfassungsänderung betraf „nur“ die Verteilung der Zuständigkeiten bei der Gesetzgebung. Offen blieb, wie die Finanzaufkommen aus den Steuern neu verteilt werden und in welche Richtung die regionalen Ausgleiche geändert werden. Das ist von strategischer Bedeutung. Die bisherigen Regelungen bremsen zum Teil das Durchziehen größerer staatlicher Investitionen in die Infrastruktur wegen Vermischung

von Zuständigkeiten und Finanzierungen. Sie sind auch nicht nur ein Ausdruck der Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren, wie das die SPD gerne darstellt, mit der Absicht, künftig die Mittel stärker beim Bund zu zentralisieren. Es ist nicht immer leicht, den Unterschied festzustellen zwischen einem regionalen Ausgleich, um Startinvestitionen in die Zukunft zu ermöglichen, und Mittelverschiebungen, um Strukturen zu konservieren, die technisch und von der Produktivität her betrachtet überholt sind.

Die große Koalition wird an diesem Streit nicht zerbrechen, sondern ihn führen, zu groß ist das Interesse des politischen und wirtschaftlichen Systems an Änderungen.

Die Spieler auf der Ausgabenseite

Nur am Rande wurde beim jetzigen „Krisengipfel“ der Koalition über die Ausgabenseite gesprochen, sie ist aber trotz teilweise anders lautender Kritik Bestandteil der Reform. Auch hier existiert ein vielfältiges Geflecht von starken wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen. Wir hatten im Zusammenhang mit dem Streik des Marburger Bundes über die tiefgreifenden Änderungen im medizinischen Dienstleistungssektor gesprochen. Mit der Gesundheitsreform wird der Druck noch einmal erhöht. Vermutlich werden die staatlichen Zuschüsse an die Kliniken und Krankenhäuser noch einmal sinken. Die Wirkungen sind bereits zu beobachten. So versuchen jetzt auch zunehmend kommunale Kliniken mit Fusionen größere Wirtschaftseinheiten zu bilden. Gleichzeitig wächst, ebenfalls befördert durch die Gesundheitsreform, die Qualitätsansprüche erhöht, der Druck in Richtung Spezialisierung. Das Rund-um-Krankenhaus wird Vergangenheit. Der Rationalisierungsdruck auf die ärztlichen und nichtärztlichen Beschäftigten steigt; Entlastung von Verwaltungsarbeit heißt z.B. für die Ärzte mehr Operationen und intensivere Auslastung.

Auch bei der Ausgabenseite kommen noch einmal die regionalen politischen Gliederungen ins Spiel. Sowohl Stoiber als auch Oettinger hatten beklagt, dass durch den Gesundheitsfonds nicht nur höhere Belastungen für die Wirtschaft von Bayern und Baden-Württemberg entstünden, sondern dass auch weniger Geldmittel an die regionalen Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen gehen.

Mehr versteckt am Rande wird erwähnt, dass der Krisengipfel sich auch über eine Änderung der Gebührenord-

nung für niedergelassene Ärzte verständigt hat, die Einkommenssicherheit bringen soll. Soweit ersichtlich wird hier auf eine Standardisierung ärztlicher Leistung gesetzt.

Damit steht dann auch die Verteilungsfunktion der kassenärztlichen Vereinigungen auf dem Prüfstand, die bislang eine Vermittlung zwischen den Krankenkassen und den einzelnen Ärzten hatte. Freiere Vertragsverhandlungen

zum Beispiel zwischen Krankenkasse und einzelner Arzt beschleunigten auch in diesem Bereich Rationalisierungen.

Das ist aber vielleicht erst Thema der nächsten Gesundheitsreform. Denn angesichts der komplexen Beziehungen und vielen Beteiligten ist der eine große Wurf, der für Jahre gilt, sowieso nicht zu erwarten.

alk

Berlin

Entscheidung für Rot-Rot

Einstimmig hat der Landesvorstand der Berliner SPD am vergangenen Freitag beschlossen, mit der Linkspartei. PDS in formelle Koalitionsverhandlungen einzutreten. Damit dürfte Berlin – wenn jetzt in den eigentlichen Koalitionsverhandlungen nicht noch unüberwindliche Klippen auftauchen – in den nächsten fünf Jahren weiter von einer Koalition von SPD und Linkspartei. PDS regiert werden.

Das klare Votum des SPD-Landesvorstands ist überraschend, eine Probeabstimmung in dem 33 Personen umfassenden Gremium hatte noch wenige Tage vorher nur eine knappe Mehrheit für Rot-Rot (zwölf Ja-Stimmen, elf für Rot-Grün und zehn Enthaltungen) ergeben. Eine wichtige Rolle spielte sicher, dass sich das Verhandlungstrio aus dem Regierenden Bürgermeister Wowereit, dem SPD-Fraktionschef Müller und der Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer eindeutig für diese Option ausgesprochen hatte.

Am Vorabend hatte zudem ein Sonderparteitag der Linkspartei. PDS nach kontroverser Debatte ebenfalls mit großer Mehrheit trotz der großen Verluste der Linkspartei für eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD gestimmt. Knapp 80 Prozent der Delegierten stimmten für diese Option. Bei einer vorhergehenden Beratung mit den Vorsitzenden der zwölf Bezirke der PDS in Berlin hatten sich nur zwei Bezirksvorsitzende und ein stellvertretender Bezirksvorsitzender gegen Koalitionsverhandlungen mit der SPD ausgesprochen: die Vorsitzende des mitgliederstarken Bezirks Lichtenberg, Gesine Löttsch, der Vorsitzende von Tempelhof-Schöneberg und der stellvertretende Vorsitzende von Reinickendorf, bei den kleinen West-Bezirken.

Senatsbildung erst im November?

Die eigentlichen Koalitionsverhandlungen beginnen jetzt und werden sich vermutlich bis Ende Oktober, evtl. sogar bis in den November hinziehen. Ein Grund dafür ist, dass am 19. Oktober das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein Urteil in der Klage Berlins gegen den Bund auf Feststellung einer Haushaltsnotlage verkünden wird. Von diesem Urteil hängt ab, ob das Land Berlin beim Abbau seiner Schulden zusätzliche Bundeshilfen erhält. Falls nicht, stehen dem künftigen Senat erneut schwierige Entscheidungen bevor. Die bisherige Haushaltsplanung sieht lediglich vor, bis 2007 die Nettoneuverschuldung für den laufenden Haushalt auf Null herunter zu fahren, d.h. keine neuen Schulden zur Finanzierung lau-

Aus: Gemeinsame Pressemitteilung der Vorsitzenden der CDU, Dr. Angela Merkel, des Vorsitzenden der SPD, Kurt Beck, des Vorsitzenden der CSU, Dr. Edmund Stoiber

Heute hat sich die Große Koalition auf eine weitreichende Gesundheitsreform geeinigt. (...)

Mehr Sicherheit im Krankheitsfall durch solidarische Finanzierung

Die Gesetzliche Krankenversicherung wird auf ein solides finanzielles Fundament gestellt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen anteilig einen festen, für alle Krankenkassen gleich hohen Beitragssatz in den Gesundheitsfonds ein, der zum 1. Januar 2009 eingeführt wird. Die Finanzierung der Ausgaben für die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder in der Krankenversicherung wird zunehmend durch Steuermittel gesamtgesellschaftlich aufgebracht. Dieser Steuerzuschuss und die Beiträge decken zum Startzeitpunkt 100% der Gesundheitsausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung ab, auch künftig mindestens 95%. Dies führt zu mehr Solidarität und Generationengerechtigkeit. (...)

Mehr Transparenz für die Versicherten schaffen

Jede Krankenkasse erhält für jeden Versicherten eine pauschale Zuweisung. Diese wird nach Alter, Geschlecht und bestimmten Krankheitsfaktoren modifiziert.

Der hierzu notwendige Risikostrukturausgleich wird an 50 bis 80 Krankheiten orientiert, bei denen die durchschnittlichen Leistungsausgaben je Versicherten die GKV-weiten durchschnittlichen Leistungsausgaben je Versicherten um mindestens 50% übersteigen. Der Risikostrukturausgleich wird ebenfalls zum 1. Januar 2009 eingeführt.

Kommt eine Krankenkasse mit den zugewiesenen Mitteln nicht aus, erhebt sie von ihren Mitgliedern einen Zusatzbeitrag. Dieser Zusatzbeitrag darf 1% des beitragspflichtigen Einkommens nicht übersteigen. Feste oder prozentuale Zusatzbeiträge in einer Höhe bis zu 8 € werden – falls für die Kasse erforderlich – ohne Einkommensprüfung erhoben. Wird ein Zusatzbeitrag erforderlich, muss die

Krankenkasse ihre Mitglieder auf die Möglichkeit eines Kassenwechsels hinweisen. Gut wirtschaftende Kassen werden ihren Versicherten überschüssige Mittel auszahlen können. Damit können Versicherte auf einen Blick erkennen, wie gut ihre Kasse arbeitet. Dies schafft mehr Transparenz und Wettbewerb.

Die Chancen des Wettbewerbs nutzen
Leistungserbringer konkurrieren in Zukunft durch gute Qualität und bezahlbare Preise um Verträge mit den Krankenkassen. Dies gilt sowohl für Ärzte und Krankenhäuser wie für die Versorgung mit Arzneimitteln und Hilfsmitteln.

Gleichzeitig erhalten viele Leistungserbringer mehr Sicherheit über die Vergütung ihrer Leistungen. Am 1. Januar 2009 wird eine neue Gebührenordnung mit Euro- und Cent-Beträgen für die ambulante vertragsärztliche Versorgung eingeführt, so dass jeder Arzt weiss, was er für seine Leistungen bekommt. Das Risiko zunehmender Behandlungsbedürftigkeit der Patienten tragen zukünftig die gesetzlichen Krankenkasse und nicht mehr die Ärzteschaft. (...)

Konvergenzklausel

Um unverhältnismäßige regionale Belastungssprünge aufgrund der Einführung des Gesundheitsfonds zu vermeiden, wird eine Konvergenzphase eingeführt, binnen derer unterschiedliche Einnahmen- und Ausgabenstrukturen der Kassen angeglichen werden.

In dieser Konvergenzphase werden unterschiedliche Be- und Entlastungen durch die Verteilungsmechanismen des Fonds in jährlichen Schritten von maximal 100 Mio. € (bezogen auf alle im Bereich eines Landes tätigen Kassen) angeglichen. Dieser Höchstangleichungsbetrag von 100 Mio. € wird jeweils auf das Land mit der höchsten absoluten Belastung bzw. Entlastung (Referenzland) bezogen, hiervon abgeleitet werden die Ausgleichsbeträge der anderen Länder jeweils im Verhältnis der Be-/Entlastungen zum absoluten Wert des Referenzlandes ermittelt. Die zugrunde zu legenden länderspezifischen Be-/Entlastungswirkungen werden durch ein Gutachten ermittelt.

fender Ausgaben aufzunehmen. Für den Zinsendienst muss sich das Land Berlin aber auch in Zukunft weiter verschulden. Sollte also keine zusätzliche Hilfe vom Bund oder von anderen Bundesländern kommen, muss das Land Berlin seine Ausgaben noch weiter verringern. Die Verhandlungen über die künftige Finanzpolitik des Landes werden also erst nach dem 19. Oktober ernsthaft beginnen.

Am 26. Oktober soll sich das neugewählte Abgeordnetenhaus konstituieren. Anfang November wäre dann – je nach Tempo und Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen – die Wahl des Regierenden Bürgermeisters und der Senatoren möglich.

Auch hier ist noch vieles offen. In der Presse wird behauptet, bei der PDS sei nur Harald Wolf als Wirtschaftsminister weiter „gesetzt“, die beiden anderen, Sozialsenatorin Heidi Knacke-Werner und Wissenschaftssenator Thomas Flierl, gelten dagegen als „unsicher“. Sollte die Linkspartei am Ende nur zwei Senatorenposten erhalten, könnte aus Gründen der Ost-West-Proportion am Ende ein Zweigespann aus Harald Wolf (West) und Carola Bluhm (Ost) das Rennen machen.

Kaum Streit bei Schulen und Privatisierung

Inhaltlich scheint man sich in den Gesprächen darauf geeinigt zu haben, beim Thema Schulreform zunächst mit freiwilligen Modellversuchen den Einstieg in eine längere Gemeinschaftsschule zu versuchen. Der von der Linkspartei-PDS geforderte öffentliche Beschäftigungssektor interessiert die SPD nicht sonderlich, berichtet die Presse. Hier wird ohnehin spannend, wie das Land Berlin einen solchen Sektor mit wenig Mitteln und ohne Änderung von Bundesgesetzen errichten will.

Einig scheinen sich dagegen beide Parteien zu sein, keine weitere Privatisierung von landeseigenen Wohnungen und Landesunternehmen zuzulassen. Das – verglichen mit anderen Ballungsräumen – relativ günstige Berliner Mietniveau soll erhalten bleiben, sind sich SPD und Linkspartei-PDS einig. Dieses Mietniveau wird auch in Unternehmerkreisen durchaus geschätzt, bildet es doch den realen Hintergrund für ein ebenfalls niedrigeres Lohnniveau in der Stadt. Die Effektivdienste in der Metall- und Elektroindustrie – um nur ein Beispiel zu nennen – liegen in Berlin etwa 10 Prozent niedriger als in Ballungsgebieten wie Stuttgart, München oder Frankfurt/Main. Auch in anderen Branchen wie dem Film- und Musikgewerbe wird offen mit diesem „Standortvorteil“ für Verlagerungen nach Berlin geworben.

Die (landeseigenen) Berliner Verkehrsbetriebe haben dagegen kurz nach der Wahl bereits die nächste Anhebung

ihrer Fahrpreise angekündigt. Der Preis für ein Einzelticket soll von 2,10 auf 2,30 Euro steigen. Auch wenn man damit immer noch günstig von der Innenstadt bis zum Flughafen Schönefeld am äußersten Stadtrand fahren kann – vielen Geringverdienern oder Hartz-IV-Empfängern in Berlin machen die vielen Preisanhebungen der letzten Jahre erheblich zu schaffen. Es wird also spannend, wie der künftige Senat mit der geforderten neuen Preiserhöhung umgeht, d.h. ob er sie bewilligt oder nicht.

Spannend wird auch, wie die künftige Koalition im öffentlichen Dienst weiter verfahren will. Ende 2009 läuft der Berliner Landestarif mit den Gewerkschaften aus. Schon im Vorfeld muss die Koalition also entscheiden, wie sie danach verfahren will. Während die Grünen erklärt hatten, auch nach 2009 könne Berlin den bundesweit geltenden Tarifvertrag von ver.di nicht zahlen, will die Linkspartei-PDS dahin zurück. Wichtig kann dabei werden, ob Rot-Rot sich ernstlich um eine Modernisierung – das heißt konkret in vielen Fällen auch um eine Dezentralisierung – der Verwaltung bemüht. Bisher dominiert bei SPD wie Linkspartei-PDS bei diesem Thema der Zentralismus.

In der Industriepolitik dagegen stellen sich die Gewerkschaften auf eine Fortsetzung der bisherigen Politik ein, d.h. auf eine enge Zusammenarbeit des Senats mit Gewerkschaften und Unternehmen, um den Abbau von Industriejobs zu stoppen und die Beschäftigung durch bessere Verknüpfung von Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen möglichst sogar auszubauen.

Korrekturen bei Linkspartei-PDS noch offen

Noch ziemlich offen ist bei all dem, wie die Linkspartei-PDS mit ihren Stimmverlusten vor allem im Osten in Zukunft strategisch umgehen will. Mehr Dialog und Offenheit, bessere Kommunikation, mehr Ansprache von Leuten, die gar nicht mehr zur Wahl gegangen sind, das sind bisher die Andeutungen aus dem Landes- und Fraktionsvorstand der Partei. Über andere Inhalte ist damit noch wenig gesagt, auch nicht, ob sich im Konflikt zwischen dem Haushalt des Landes und den Budgets der Bezirke eine Korrektur zugunsten der Bezirke anbahnt. Der Parteitag verabschiedete einen Beschluss mit dem Titel „Analysieren, Lernen, Umsetzen“ und will über die Ergebnisse auf einem neuen Parteitag Anfang nächsten Jahres beraten.

Beim Thema Mindestlohn und Niedriglöhne sind SPD und Linkspartei-PDS dagegen nach den jüngsten Beschlüssen der SPD auf Bundesebene ohnehin etwas näher zueinander gerückt, so dass hier demnächst möglicherweise sogar bundespolitische Initiativen des rot-roten Senats denkbar sind. *rül*

Immer tiefer verstrickt sich die Nato in einen verlustreichen Krieg in Afghanistan

Durchhalteparolen im Bundestag

Mit 492 Ja- und 71 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen hat der Bundestag den Bundeswehreininsatz in Afghanistan bis zum 13. Oktober 2007 verlängert. Mit Nein stimmten geschlossen die Linksfraktion und einzelne Abgeordnete aus CDU/CSU, FDP und SPD. Als symptomatisch für die Stimmung der Mehrheit kann der fast schon verzweifelte Ausruf des Abgeordneten Klose (SPD) gelten: „Die Nato darf nicht scheitern. Im Interesse unserer Sicherheit darf die Nato nicht scheitern.“

Im Dezember 2001 hatte der Bundestag zum ersten Mal Beschluss über die Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan gefasst. Damals – die Taliban schienen im Prinzip geschlagen – war von dem „Einsatz einer internationalen Friedenstruppe“ die Rede, die Afghanistan beim Wiederaufbau dauerhafter Regierungsinstitutionen unterstützt, während gleichzeitig insbesondere US-Truppen Kampfeinsätze durchführten, um die Taliban vollends niederzuwerfen. Schon damals hatte die PDS gewarnt, dass das Nebeneinander von „Sicherheitsstruppe“ und andauernden Kampfeinsätzen nicht akzeptabel ist. Seither ist ISAF-Truppe unter Nato-Befehl gestellt, ihr Einsatzgebiet wurde auf inzwischen alle Landesteile Afghanistans ausgeweitet und ihre Stärke ständig erhöht. Sie ist längst eine reine Kampftruppe. Vor wenigen Tagen erst beschloss die Nato die Ausweitung „der Mission“ auf den Osten des Landes und die Aufstockung der Truppen auf 30.000. Über 12.000 der 20.000 US-Soldaten, die am Kampfeinsatz „Enduring Freedom“ teilnehmen, sollen unter ISAF-, also Nato-Kommando gestellt werden. Damit ist die Trennung zwischen ISAF und der US-Antiterrortruppe de facto aufgehoben, auch wenn die Bundesregierung weiter tut, als sei das nicht der Fall. Verteidigungsminister Jung weist Anforderungen, Bundeswehr in den hart umkämpften Süden zu entsenden zurück; doch wurde bekannt, dass sie mit Hubschraubern und Transportmaschinen seit geraumer Zeit Hilfsflüge in den Süden unternimmt. Auch gibt es Anzeichen, dass die KSK-Elitesoldaten seit Wochen an einer militärischen Offensive der US-Armee im umkämpften Osten teilnehmen.



Tägliche Verluste – ISAF-Patrouille in Kandahar

Inzwischen ist kaum mehr zu leugnen, dass die Nato sich immer tiefer in einen blutigen und auch für sie selbst verlustreichen Krieg verstrickt. Vor wenigen Tagen sprach die BBC in einem Bericht über die heftig umkämpfte britische Basis Sangin in der Provinz Helmand gar von einem „afghanischen Alamo“ – die befestigte Mission Alamo/Texas ging in die Geschichte ein, weil sie 1836 von 189 Texanern gegen eine große mexikanische Übermacht verteidigt wurde, bei der schließlich Erstürmung kamen alle 189 sowie 1600 Mexikaner ums Leben. Diese Parallele ist nicht weit hergeholt. Die britische Basis wurde zuletzt von allen Seiten angegriffen, dass selbst die Nachschubversorgung aus der Luft kaum möglich war. Die Soldaten des 3. Fallschirmspringer-Gefechtsverbandes musste sich mehrfach von Notfallrationen ernähren und gereinigtes Flusswasser trinken. Der Belagerungszustand, in dem sich die Basis befand, wurde erst nach zwei Wochen durch den Einsatz weiterer Hunderter Fallschirmjäger gebrochen. Ein Nato-Kommandeur sprach von „den schwersten Kämpfen seit dem Korea-Krieg“. „Tag und Nacht ständige Angriffe mit Panzerfäusten, Schusswaffenfeuer“, berichtete ein Gefreiter der BBC. In einer an die Öffentlichkeit gelangten E-Mail bezeichnete ein in der Provinz Helmand stationierter Major die britische Luftwaffe als „absolut, absolut nutzlos“, mehr Soldaten und Hubschrauber würden dringend benötigt. Aufgrund der Kämpfe habe es „viele Tränen“ gegeben. „Dies ist eine Reflektion der Tatsache, dass diese Männer unter täglichen Angriffen stehen und es traurigerweise häufig täg-

liche Verluste gibt.“ Die britischen Truppen haben, ebenso wie die kanadischen, die wie auch niederländische Soldaten in Helmand kämpfen, in den letzten Wochen mehr Verluste zu verzeichnen als in den fast fünf Jahren zuvor. Immer wieder wird berichtet, dass die Taliban-Kämpfer mit teilweise hochmodernen Waffen ausgerüstet sind, z.B. hitzesuchenden Boden-Luft-Raketen. Andere Berichte heben hervor, dass die Taliban zunehmend massiv Unterstützung aus Pakistan erhalten.

Ein Licht auf die Lage werfen auch die Äußerungen ehemaliger sowjetischer Generäle – die 100.000 sowjetischen Soldaten hatten Afghanistan 1989 nach 10 Jahren Krieg und 15.000 sowjetischen Gefallenen verlassen müssen. Der britische Tele-

graph etwa veröffentlichte am 24. September Ausführungen eines Generals Aushev, der in Afghanistan gekämpft hatte, die in dem Satz gipfeln: „Sie werden von dort fliehen“. „Viele haben in Afghanistan gekämpft, zuallererst kämpften die Briten dort im 19. Jahrhundert. Das Erstaunliche heute ist, dass Nato und Koalition anscheinend nichts gelernt haben, weder aus ihrer eigenen Erfahrung noch aus unserer Erfahrung.“ Die Bild-Zeitung gab eine Einschätzung wider, die der deutsche Botschafter in Kabul in einer streng geheimen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses über die „Gefährdungslage“ abgegeben hatte: Er warnte vor einer „Katastrophe“ und schloss nicht aus, dass die Kabuler Regierung in den nächsten 12 bis 18 Monaten stürzen könnte.

Die Bundeswehr ist im bisher vergleichsweise noch ruhigen Norden stationiert; aber auch hier nehmen die Anschläge und Kampfhandlungen zu, wie der FDP-Abgeordnete von Hoyen in der Bundestagsdebatte bestätigte: „Der ISAF-Einsatz hat sich auch im Norden des Landes zu einem veritablen Kampfeinsatz entwickelt.“ Die Bundesregierung lässt, wie der Abgeordnete der Linken Norman Paech in der Afghanistan-Debatte ausführte, das Bundeswehr-Lager in Masar-i-Scharif zu einem gigantischen militärischen Fort mit der Perspektive von zehn bis 15 Jahren ausbauen.

Angesichts all dessen klingen die zahllosen Hinweise in der Bundestagsdebatte über die stabilisierenden Aufgaben der Bundeswehr, über das „gute Beispiel der zivil-militärischen Zu-

sammenarbeit im Norden Afghanistan“, das die Nato jetzt auf die anderen Landesteile übertragen wolle, wie das berühmte Pfeifen im Walde. Die Kriegsführung in Afghanistan und die Tatsache, dass unter dem Patronat der Nato Drogenanbau und Drogenhandel in Afghanistan einen Aufschwung wie nie genommen haben und dass die Warlords reich und reicher werden, treiben den Taliban jeden Tag neue Kämpfer zu.

Wer die Hoffnung hatte, dass die Nato sich nach erfolgtem „Wiederaufbau“ aus Afghanistan zurückziehen könne, muss diese Hoffnungen definitiv begraben. Wie angeschlagen die Befürworter deutscher Kriegseinsätze sind, mag man daraus schließen, dass aus der CDU/CSU-Fraktion inzwischen die Forderung kommt, Bundeswehreinätze künftig nur unter der Bedingung, dass sie befristet sind und dass es eine Exitstrategie gibt, zu bewilligen. Muss die Bundeswehr erst auf dem Schlachtfeld schwere Verluste erleiden, bevor sie aus Afghanistan abgezogen wird? *scc*

„Der erste wesentliche Schritt auf dem Weg zur totalen Herrschaft besteht darin, die juristische Person im Menschen umzubringen.“ (Hannah Arendt)

US-Parlament legalisiert Ausnahmezustand

Mit deutlicher Mehrheit haben Kongress und Senat Ende September gegen erhebliche Proteste¹ in den USA selbst ein Gesetz gebilligt, das den Ausnahmezustand als herrschendes Paradigma des Regierens legalisiert.²

Zur Vorgeschichte

Nach dem terroristischen Angriff auf das World Trade Center hatte die US-Regierung am 13.11.01 die sog. „military order“ erlassen, mit der er bei Nicht-Staatsbürgern, die terroristischer Taten verdächtigt werden, unbeschränkte Haft und einen Prozess vor military commissions – Militärtribunalen – erlaubte. Diese Militärtribunale sind nicht mit Kriegsgerichten zu verwechseln, wie sie das Kriegsrecht vorsieht. Diese sind an Völkerrecht gebunden und müssen Minimalstandards einhalten. Bushs Militärtribunale dagegen können ungebunden durch rechtliche Regeln über den Status von Personen entscheiden, die als Gefährdung der nationalen Sicherheit angesehen werden. Die Verteidigung vor diesen Tribunalen nach der „military order“ ist aufs Äußerste eingeschränkt, Berufung gegen ihre Urteile nicht möglich; sie können Todesurteile verhängen und vollstrecken, die durch keine regulären Institutionen überprüft werden.

Im Juli diesen Jahres erklärte der

Oberste Gerichtshof der USA die Militärtribunale als Ersatz für reguläre Gerichte für unzulässig. Selbst wenn – was offen bleiben könne – der Präsident die verfassungsmäßige Befugnis besitze, Militärtribunale zu errichten, müssten diese dem US-Gesetz über die einheitliche Militärgerichtsbarkeit (UCMJ) entsprechen oder aber der Präsident müsste gesondert durch Gesetz ermächtigt sein.³ Nach diesem Urteil entstand nach einigen klärenden Gesprächen mit zunächst opponierenden republikanischen Abgeordneten das jetzt verabschiedete Gesetz. Es beendet im Wesentlichen den bisher bestehenden, illegalen Ausnahmezustand nicht, sondern legalisiert ihn, auch wenn am ersten Gesetzentwurf noch einige, kaum grundlegende Abänderungen vorgenommen wurden.

„Feindliche Kämpfer“ werden vogelfrei

Das Gesetz schreibt einen Zustand fort, in dem der rechtliche Status von Individuen, die zum „feindlichen Kämpfer“ erklärt werden, radikal ausgelöscht wird. Diese „ungesetzlichen feindlichen

Schuld jahrelang inhaftiert, dabei womöglich misshandelt wurden, bleibt es ihnen verwehrt, gegen die Inhaftierung zu klagen oder eine nachträgliche Wiedergutmachung zu erlangen. Diese Regelung gilt rückwirkend bis 2001, so dass damit sämtliche Klagen von Guantanamo-Häftlingen „erledigt“ wurden.

Die Rechte „feindlicher Kämpfer“ vor den Militärtribunalen sind nach wie vor sehr weitgehend eingeschränkt. Zwar musste die Bush-Administration die ursprüngliche Fassung revidieren, wonach geheime Beweismittel verwendet werden dürfen, in die die Gefangenen keine Einsicht erhalten. Der beschlossene „Kompromiss“ erlaubt nun, als geheim eingestufte Informationen zurückzuhalten, gleichzeitig heißt es aber, dass der Richter, „soweit umsetzbar“, eine Zusammenfassung der zurückgehaltenen Informationen bereitstellen muss⁶; was umsetzbar ist, entscheidet allein das Tribunal. Zugelassen sind Beweise vom Hörensagen, und zwar in einem erheblichen größeren Umfang als dem, was Militärgerichten nach dem Kriegs-

Folter wird legalisiert

Zwar ist im Gesetz die Absicht der Exekutive nicht gänzlich verwirklicht worden, sich der Fesseln von Artikel 3 der Genfer Konvention zu entledigen, die u.a. „Angriffe auf Leib und Leben, namentlich Mord jeglicher Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung“ von Gefangenen verbieten. Es sieht jetzt vor, dass dem US-Präsidenten die Interpretation des Artikels obliegt; Human Watch bewertet als positiv, dass die Regierung ihre Interpretation im Federal Register veröffentlichen und damit rechtlicher Bewertung und öffentlicher Kritik zugänglich machen muss. Ungeachtet dessen gibt das Gesetz der Exekutive einen breiten Spielraum, indem es alle Verhörtechniken erlaubt, die nicht zu extremen körperlichen Qualen, zum Tode oder zu dauernder Behinderung führen; ausdrücklich legalisiert werden Methoden, die nicht „extreme“ Schmerzen verursachen und Körperteile und Organe nicht „langfristig“ beeinträchtigen. Erlaubt sind etwa Methoden, die Schnitte, Abschürfungen und Blutergüsse hervorgerufen. Die dabei erpressten Aussagen können vor Gericht Verwendung finden.

Ausdrücklich erklärte der Kongress Folter und Misshandlungen von Gefangenen, die vor Ende 2005 festgenommen wurde, für straffrei, und das vor vor dem Hintergrund fast tagtäglich neuer Enthüllungen über Geheimgefängnisse, schlimmste Folter, ja Mord. Damit schützt der Kongress die Schlächter und ihre Befehlsgeber bis in die höchste Regierungsspitze vor Klagen und Verurteilungen. SCC



San Francisco: Protestaktion gegen das Gesetz, das Lager wie Guantanamo verewigt

Kämpfer“ unterliegen weder dem US-Recht noch der Genfer Konvention; ausdrücklich wird in der Einleitung des Gesetzestextes festgehalten, dass aus der Genfer Konvention keinerlei einklagbaren individuellen Rechte abgeleitet werden könnten. Die „feindlichen Kämpfer“ können im Ausland verschleppt werden, auch weit entfernt von jedem Schlachtfeld, sie können willkürlich inhaftiert und unbegrenzt eingesperrt werden, ohne Recht, vor einem amerikanischen Gericht Widerspruch gegen die Inhaftierung einzulegen, und vor allem ohne Recht, sich mit einer Anklage auseinanderzusetzen, also gegebenenfalls ihre Unschuld beweisen zu können.⁴

Selbst wenn sie nachweislich irrtümlich gefangen genommen und ohne

recht gestattet ist.

Der Begriff des „feindlichen Kämpfers“ wird so weit gefasst, dass der Willkür Tor und Tür geöffnet werden. „Feindlicher Kämpfer“ ist nach Definition des Gesetzes eine Person, „die sich an Kampfhandlungen beteiligt hat oder die sich erheblich an der Unterstützung von Kampfhandlungen gegen die USA“ oder ihre Alliierten beteiligt hat.⁵ Diese Definition bezieht sich auf Nicht-US-Amerikaner. Der Washington Post und anderen Quellen zufolge⁶ soll sie jedoch auch auf US-Staatsbürger erstreckt werden können (allerdings mit der verfassungsmäßigen Garantie des Habeas-Corpus-Aktes). Diese Ausweitung würde es ermöglichen, z.B. Rechtsanwälte von inhaftierten „feindlichen Kämpfern“ zu verfolgen.⁷

- 1 Nicht nur die bekannten Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International, Human Rights Watch u.a. liefen Sturm gegen das Gesetz; u.a. kritisierten 32 ehemalige US-Botschafter, von denen 20 unter republikanischen Regierungen ihren Dienst versehen hatten, das Gesetz lasse Amerikas Anspruch auf Förderung der Demokratie „zu einem Witz“ verkommen.
- 2 Siehe ausführlich dazu: Giorgio Agamben, Ausnahmezustand, Frankfurt 2004
- 3 Wikipedia, Stichwort Hamdan gegen Rumsfeld
- 4 Das in der angelsächsischen Rechtsgeschichte bedeutsame Prinzip des Habeas Corpus, das gewährleisten soll, dass niemand zeitlich uneingeschränkt festgehalten kann, ist in Art. 1 der US-Verfassung festgehalten; es darf nur aufgehoben werden, wenn die öffentliche Sicherheit durch Aufstand oder Invasion bedroht ist. In der Europäischen Menschenrechtskonvention ist es als Grundrecht verankert.
- 5 Zitiert nach: Florian Rötzer, Kongress legitimiert das von Bush eingeführte Unrechtssystem, Telepolis
- 6 Z.B. die Organisation Just foreign Policy, siehe: Patrick McElwee, Folter und zeitlich unbegrenzte Haft – ein politischer und moralischer Fehler, deutsch auf Z-Net
- 7 Aufsehen erregt der Fall der als US-Menschenrechtsanwältin bekannten 67-jährigen Lynne Stewart, die den wegen des 1993er Bombenanschlags auf das World Trade Center verurteilten Scheich Rahman vertrat und im Zusammenhang mit der Verteidigung wegen „Verschwörung“ zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, sie muss die Haft am 16.10. antreten.



In mehreren US-Städten stehen die Gewerkschaften erneut in großen Auseinandersetzungen zur Anhebung der Niedrigstlöhne. In Houston, Texas, stimmten die Reinigungskräfte mit überwältigender Mehrheit für Streik – das Bild zeigt eine Demonstration von nahezu 1000 Gewerkschaftsmitgliedern, überwiegend Einwandererinnen, zum Hilton Hotel, wo am 23. September die Verhandlungen zwischen den Verbänden der Hotels und der SEIU begonnen hatten. Da ein erheblicher Teil der Beschäftigten Immigranten ohne Papiere sind, gelingt es den Reinigungsfirmen bisher noch, die Löhne teilweise unter das Niveau des zum Leben notwendigen Existenzminimums zu drücken. Die SEIU fordert u.a. Löhne von 8,50 \$ mindestens, einen Dreijahrestarifvertrag und eine Krankenversicherung. – In Los Angeles inhaftierte die Polizei am 28.9. fast 400 Demonstranten. Auf Aufruf der von Unite Here hatten rund 2000 Menschen, Hotelbeschäftigte und zahlreiche Unterstützer, darunter etliche Kirchenvertreter, mit einer friedlichen Demonstration während der Rushhour die Straße zum Flughafen versperrt. Die Gewerkschaft kämpft jetzt schon seit Wochen für „höhere Löhne und Respekt“ für die Beschäftigten der großen Hotels der Stadt, auch hier handelt es sich überwiegend um Einwanderinnen und Einwanderer. Die Hotelketten gehen mit Brutalität gegen Gewerkschaftsmitglieder vor. Das Hilton feuerte kürzlich einen Gewerkschaftsaktivisten und suspendierte 70 Beschäftigten ohne Bezahlung, die nach dem Grund für die Entlassung gefragt hatten. (Quelle und Bild: Indymedia Houston und Los Angeles)

USA: Werden medizinische Versuche an Gefangenen wieder legalisiert?

Ein Bericht des regierungsnahen „Institute of Medicine“ (IOM), den das US-Gesundheitsministerium angefordert hatte, empfiehlt, medizinische Versuche an Gefangenen zu erleichtern. In den 1960er und 1970er Jahren waren medizinische Versuche an Gefangenen in den USA gang und gäbe. So ließ die US-Armee z.B. an 320 Gefangenen des Holmesburg-Gefängnisses bewusstseinsverändernde Drogen ausprobieren, weiteren Häftlingen spritzten Forscher lebende Krebszellen und radioaktive Substanzen. Auch Bestandteile des Kampfmittels Agent Orange und vermeintlich harmlosere Stoffe wie Anti-Schuppen-Shampoos wurden über mehr als zwei Jahrzehnte an Gefangenen getestet. Nach Schätzungen der Regierung wurden bis in die frühen 70er Jahre rund 90% aller Medikamente an Häftlingen getestet. Diese Praxis wurde erst beendet, als 1974 die Öffentlichkeit davon erfuhr. Die Regierung muss-

te in der Folge eine Richtlinie erlassen, derzufolge Häftlinge nur an Experimenten teilnehmen dürfen, die ein „minimales Risiko“ darstellen. Dies könnte sich nun ändern: Das Gesundheitsministerium will Anfang November über die mögliche Änderung der Richtlinie entscheiden. Zwar bestreitet das Institut für Medizin, dass man die Gefangenen missbrauchen wolle. Die Hälfte der Probanden soll dem Vorschlag nach von außerhalb der Gefängnisse rekrutiert werden, und unabhängige „Probanden-Fürsprecher“ sollen die Versuche überwachen. Außerdem wür-



Gefängnis in Los Angeles

den, so die zynische Begründung, Gefangene durch die Tests vom medizinischen Fortschritt profitieren. Kenner des Gefängnisystems weisen aber darauf hin, dass ein solches System von „Fürsprechern“ in den Gefängnissen, die paramilitärische Einrichtungen sind, aufläuft. Und Tests könnten keine Gesundheitsversorgung ersetzen, eine solche aber gebe es in den US-Gefängnissen praktisch nicht. (Quelle: DW, 29.9.)

Die Schweiz macht dicht

Mit einer Zweidrittel-Mehrheit hat die Schweizer Bevölkerung – bei einer ungewöhnlich hohen Beteiligung von 48% – am 24.9. in einem Doppelreferendum eine der europaweit härtesten Asyl- und Ausländergesetzgebung beschlossen. Demnach müssen zukünftig Asylsuchende innerhalb von 48 Stunden Ausweise vorlegen, sonst wird ihr Asylgesuch sofort abgelehnt. Dieser Passus verstößt eindeutig gegen die UN-Flüchtlingskonvention von 1951, die der Tatsache Rechnung trägt, dass Menschen, die aus Angst um ihr Leben fliehen müssen, oft keine Möglichkeit hätten, gültige Papiere zu bekommen. Das neue Asylgesetz sieht ferner vor, dass Minderjährige zwischen 15 und 18 Jahren bei fehlenden Papieren bis zu einem Jahr in Haft, Ältere bis zu zwei Jahren gehalten und dass Unterstützer abgewiesener Asylbewerber verfolgt werden können. Das neue Ausländergesetz verschärft die Strafen u.a. für unwahre Angaben vor Behörden; Hauptziel ist, keine Einreise aus Drittstaaten mehr zuzulassen außer für Führungskräfte, Spezialisten und Menschen mit bestimmten beruflichen Qualifikationen.

Nato No!

Die Befürworter eines Beitritts der Ukraine zur Nato erleiden zurzeit einen Rückschlag. Nach jüngsten landesweiten Umfragen von Mitte September würden, wenn heute ein Referendum stattfände, nur 20% der Befragten für einen Nato-Beitritt stimmen, 61% dagegen. Vor zwei Jahren waren „nur“ 42% dagegen, 25% dafür. In keiner Altersgruppe waren die Befürworter in der Mehrheit. Die einzige Region, in der es überhaupt eine positive Haltung gab, ist der Westen. Aber auch hier überwogen die Unentschiedenen, ebenso wie im Zentrum, im Norden und in Kiew, während im Osten, im Süden und auf der Krim die übergroße Mehrheit der Befragten sich gegen den Nato-Beitritt aussprachen. Auf der Krim, wo im Juni Nato-Militärübungen abgebrochen werden mussten aufgrund von Protesten, sprach sich bei der Befragung kein einziger für einen Nato-Beitritt aus. (Quelle: DW, 27.9.)

Zusammenstellung: scc

GÖPPINGEN. In Göppingen nahmen am 23.9.2006 ca. 4.000 Menschen zwischen 9 und 16 Uhr an antifaschistischen Aktivitäten gegen den Aufmarsch der NPD/JN teil. Sowohl ein breites Aktionsbündnis wie auch die IG Metall und der DGB hatten zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Allein diese Kundgebung auf dem Marktplatz wurde von ca. 1.200 bis 1.500 Teilnehmern besucht. Im Anschluss an die angemeldete Kundgebung war allerdings ein wachsender Teil der Bevölkerung auf den Beinen, um mit verschiedenen spontanen Aktivitäten ein Zeichen zu setzen gegen den menschenverachtenden Aufzug der NPD/JN. Dieser wurde denen vom Gericht genehmigt, obwohl die Stadt Göppingen diesen Aufmarsch zuerst verboten hatte. Die Stadt befand sich wie vorab schon vermutet, in einem regelrechten Ausnahmezustand: Ungefähr 1.300 durchweg martialisch gekleidete Polizisten wurden aufgeboten, um einen Aufmarsch von 50 bis 80 Faschisten durchzusetzen und zu schützen und das mit äußerster Brutalität und Kaltschnäuzigkeit, so ein Vertreter des Aktionsbündnisses gegen den Aufmarsch. www.stattweb.de. / www.trueten.de



„Achten statt verachten“

BERLIN. Ärzte der Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) fordern eine angemessene medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere und eine verbesserte Rechtssicherheit für die behandelnden Ärzte. Es gehe um rund 1 Million Menschen, die ohne Ausweispapiere in Deutschland leben. Öffentlichkeit und Politik dürften diese Tatsache nicht verdrängen, fordern die Ärzte. Viele in der Illegalität lebende Menschen sind oder werden krank, haben aber bisher keinen regulären Zugang zum Gesundheitssystem. Diese Menschen ohne Papiere nähmen ärztliche Hilfe daher meist zu spät oder gar nicht in Anspruch. Im Rahmen ihrer Kampagne „achten statt verachten“ überreichte die Ärzteorganisation am 27.9.2006 Unterschriften von rund 5800 Unterzeichnern an die Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckhardt.

www.ngo-online.de

5.400 Unterschriften gegen Atom-mülllager in Hanau

HANAU. Der Verlängerungsantrag der RWE für das Kernkraftwerk Biblis A passt wie die Faust aufs Auge, dann wird wieder mehr Atom-müll produziert, und das wollen wir verhindern, sagt der Sprecher des Bündnisses gegen das Atom-mülllager Hanau. Das Bündnis, in dem sich Umwelt-, Sozial- und Friedensinitiativen sowie SPD, Grüne und Linke zusammengeschlossen haben, hat seit Mitte Juli 5.400 Unterschriften gegen das beantragte Atom-mülllager der Firma Nuclear Cargo + Service (NCS) in Hanau gesammelt. Am 17. Oktober will Diez gemeinsam mit dem Erstunterzeichner, Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD), die Unterschriftenliste dem hessischen Umweltminister Wilhelm Dietzel (CDU) übergeben. Dietzel wird in einem offenen Brief aufgefordert, den Antrag der Firma NCS als un-

erlaubt zurückzuweisen und dem Unternehmen die Genehmigung für das Atom-mülllager zu verweigern.

www.antiatom-hanau.de

Atomausstieg selber machen!

RADOLFZELL. Umweltverbände, Verbraucherorganisationen und Anti-Atom-Initiativen rufen die Menschen in Deutschland auf, sich von den Atomkonzernen zu trennen und den Atomausstieg aus der Gesellschaft heraus zu vollziehen. Nach der Aufkündigung des Atomkonsenses erwarten die Initiatoren Wechselfieber weg von RWE und Co. und hin zu umweltfreundlichen Stromanbietern. Die Initiatoren gehen davon aus, dass die Bevölkerung realen Einfluss auf die Konzernpolitik gewinnen kann, wenn sich die privaten Stromkunden massenhaft von den Atomstromproduzenten ab- und neuen Stromhändlern zuwenden.

www.umwelt.org

Berliner Volksabstimmung: 84 % Ja

BERLIN. Mit 84 Prozent haben die Berlinerinnen und Berliner am 17. September Ja zur Verbesserung von Volksabstimmungen gesagt. Mit der nun in Kraft tretenden Verfassungsänderung werden die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide gesenkt. Um ein Volksbegehren zu beantragen, müssen nur noch 20.000 anstatt 25.000 Unterschriften gesammelt werden. Beim Begehren selbst ist das so genannte Unterschriftenquorum auf sieben Prozent gesenkt worden, was immer noch 170.000 Unterschriften entspricht. Außerdem wurde die Frist zum Sammeln der nötigen Unterschriften von bisher zwei auf jetzt vier Monate verlängert. Die Unterschriften sollen in Zukunft jedoch frei gesammelt werden dürfen. Zu diesem Punkt muss allerdings das Abgeordnetenhaus noch das Volksabstimmungsgesetz ändern. Waren früher Volksabstimmungen untersagt, die sich in Themen

des Berliner Landeshaushalts einmischten oder die Landesverfassung ändern wollten, so sind diese nun explizit zugelassen, allerdings nicht, beim Landeshaushaltsgesetz, bei Gebühren und Abgaben, bei Tarifen der öffentlichen Unternehmen, sowie bei Versorgungsbezügen oder Personalentscheidungen. www.du-entscheidest-mit.de/

Aktion von Attac für Einführung der Flugticketabgabe

BERLIN. Im Rahmen einer Aktion hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac die Abgeordneten des Bundestags aufgefordert, der Einführung einer Flugticketabgabe in Deutschland zuzustimmen. Attac-Aktivistinnen zogen am 27.9.2006 mit einem großen Modellflugzeug vom Berliner Hauptbahnhof zum Bundesfinanzministerium. Dort übergaben sie 3.300 Postkarten an Finanzminister Peer Steinbrück. Er wird darin aufgefordert, eine Steuer auf Flugtickets nicht länger zu verhindern. Einen Aufruf zur Einführung haben insgesamt 117 Bundestagsabgeordnete unterschrieben, unter ihnen 28 von der SPD, an der Spitze der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Eichel. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wieczorek,



rek-Zeul, unterstützt das Anliegen ebenfalls. In einer UN-Deklaration hatte sich Deutschland im Jahre 2005 für die Abgabe ausgesprochen. Im Koalitionsvertrag erklären die Regierungsfaktionen, innovative Finanzierungsinstrumente für die Entwicklungszusammenarbeit einführen zu wollen.

www.bewegungsecho.de

Greenpeace kennzeichnet Landleibe-Produkte

HAMBURG. Aus Protest gegen die Verwendung von Gentechnik bei der Herstellung von Milchprodukten kennzeichneten am 30.9.2006 Greenpeace-Aktivist:innen tausende Produkte der Marke Landleibe in über 140 Supermärkten in 34 Städten. Aufkleber mit dem Hinweis „Hergestellt mit Gentechnik“ informieren dann die Kunden, dass Kühe, deren Milch in der Marke Landleibe verarbeitet wird, mit Gen-Mais und Gen-Soja gefüttert werden. Nachdem Greenpeace Gen-Mais auf dem Acker von Campina-Vertragslandwirten und Gen-Futter im Trog von Kühen entdeckt hatte, bestätigte der Konzern zwar den Anbau und die Verfütterung von Gen-Pflanzen, weigert sich aber bisher, auf Gentechnik zu verzichten.

www.greenpeace.de/

Sternmarsch der Montagsdemonsbewegung am 16.9. in Berlin

BERLIN. Beim Sternmarsch am 16.9.2006 gegen die große Koalition und ihre Reformen beteiligten sich ca. 10.000 Teilnehmer der Montagsdemonsbewegung sowie Gewerkschafter, Mitglieder linker Parteien, Initiativen und Organisationen. Der Sternmarsch war zugleich der Auftakt für weitere Aktivitäten im Herbst gegen die neoliberale Politik der großen Koalition. Auch die Montagsdemonsbewegung wird zu den Protesten des DGB am 21. Oktober mobilisieren und sich daran aktiv beteiligen. Eine tiefe und enorme Wut insbesondere der direkt Betroffenen und Opfer dieser Politik, die schon jetzt in die Massenarmut und menschenunwürdige Lebensverhältnisse gedrängt wurden, konnte man in den emotionalen Redebeiträgen an den offenen Mikrofonen spüren. Wichtiges Signal des Sternmarsches war dann auch: Der Widerstand muss weitergehen – und er wird weitergehen! Im Frühjahr wird es die 5. Bundesdelegiertenkonferenz der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung geben.

www.bundesweite-montagsdemo.com

Bahn verhindert Gedenken an Deportationen

FRANKFURT/MAIN. Die Deutsche Bahn will die Ausstellung „11.00 Kinder“ immer noch nicht in den Bahnhöfen zeigen. Die Ausstellung zeigt die Deportation jüdischer Kinder aus Frankreich in die Vernichtungslager und stellt dabei auch die Rolle der Reichsbahn dar. Sie war von den Söhnen und Töchtern der Deportierten erstellt worden und in 18 französischen Bahnhöfen erfolgreich gezeigt worden. Nachdem die Bahn sich zeitweise einigungswillig präsentiert hatte, spielt sie nun seit einem halben Jahr auf Zeit. Am 26. September scheiterte ein zweiter Gesprächstermin im Bundesverkehrsministerium am Boykott der Bahn AG. Initiativen aus 10 Städten haben nun eine erneute Kampagne für die Ausstellung angekündigt. Auch die Anti-Nazi-Koordination plant für den 9. November eine Aktion zu diesem Thema in Frankfurt.



tion jüdischer Kinder aus Frankreich in die Vernichtungslager und stellt dabei auch die Rolle der Reichsbahn dar. Sie war von den Söhnen und Töchtern der Deportierten erstellt worden und in 18 französischen Bahnhöfen erfolgreich gezeigt worden. Nachdem die Bahn sich zeitweise einigungswillig präsentiert hatte, spielt sie nun seit einem halben Jahr auf Zeit. Am 26. September scheiterte ein zweiter Gesprächstermin im Bundesverkehrsministerium am Boykott der Bahn AG. Initiativen aus 10 Städten haben nun eine erneute Kampagne für die Ausstellung angekündigt. Auch die Anti-Nazi-Koordination plant für den 9. November eine Aktion zu diesem Thema in Frankfurt.

<http://www.antifa.frankfurt.org/>

Zwei Jahre NPD im sächsischen Landtag – Broschüre erschienen

DRESDEN. Anlässlich des zweijährigen Jubiläums auf Landesebene veröffentlicht NIP nun eine Broschüre über zwei Jahre NPD im sächsischen Landtag. Nachdem im Juni 2004 zur sächsischen Kommunalwahl insgesamt 52 MandatsträgerInnen für verschiedene extrem rechte Parteien in kommunale Parlamente eingezogen waren, entstand das Projekt NIP – Nazis im Parlament. Als ein Viertel Jahr später dann die NPD mit damals 12 Abgeordneten auch noch in den Sächsischen Landtag einzog, wurde das selbst gesteckte Aufgabenfeld deutlich größer. Seither sind die Machenden von NIP bemüht, kontinuierlich und sachkundig die Aktivitäten der NPD im Sächsischen Landtag zu dokumentieren, genauso wie die Aktivitäten der NPD und anderer extrem rechter Abgeordneter auf kommunaler Ebene.

<http://nip.systemli.org>

Hoyerswerda – 15 Jahre später

HOYERSWERDA. Am 23. September fand in Hoyerswerda eine antirassistische Demonstration unter dem Motto Hoy-

HAMBURG. Eine Schule wehrt sich gegen Abschiebung. Dieses Transparent hängt derzeit an der Ida-Ehre-Gesamtschule. Trotz der immer schwierigeren Situation in Afghanistan hält Innensenator Nagel an der Absicht fest, auch Familien mit Kindern in die Kriegs- und Krisenregion abzuschicken. Hier stehen die Abgeschobenen vor dem Nichts. Akut betroffen ist u.a. die Familie Ahmad, deren Tochter die Oberstufe Ida-Ehre-Gesamtschule besucht. Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler organisieren Protest, unter anderem rufen sie für Mittwoch, den 4.10., zu einer Demonstration auf: Wir müssen dieser Familie helfen und dürfen sie nicht ihrem Schicksal in ihrer zerstörten Heimat überlassen. iegs

erswerda 15 Jahre später – gegen rechte Strukturen und kollektive Verdrängung mit knapp 400 TeilnehmerInnen statt. Organisiert wurde die Demonstration von antifaschistischen Gruppen aus Sachsen und Brandenburg. In Redebeiträgen der beteiligten Bündnisgruppen wurde Kritik an der Verdrängung und dem Vergessen der rassistischen Pogrome von 1991 und dem Umgang mit (Alltags-) Rassismus geäußert. Thematisiert wurden ausserdem aktuelle rechte Strukturen und Tendenzen in Hoyerswerda. Pressesprecher Marius Buchner schildert Eindrücke zur Demonstration: „Wir sind mit dem Demoverlauf sehr zufrieden. Trotz unnötig vieler Polizeikontrollen gegenüber TeilnehmerInnen, verlief alles friedlich, aber dennoch entschlossen. Trotzdem unsere Demonstration von vielen mit Misstrauen betrachtet wurde, schlossen sich auch einige BürgerInnen zeitweise dem Demozug an. Aus dem Wohnhaus in der Schweitzer Strasse applaudierten dann sogar einige Menschen von ihren Balkonen.“ *Presseteam des Organisationsbündnisses Hoyerswerda – 15 Jahre später*; www.free.de

Medizin und Gewissen

NÜRNBERG. Der dritte internationale Kongress Medizin und Gewissen der IPPNW findet vom 20.-22. Oktober in Nürnberg statt. Neben einem aktuellen Schwerpunkt zur Gesundheitsversorgung im Streit zwischen Markt und Solidarität gibt es einen historischen Schwerpunkt 60 Jahre Nürnberger Ärzteprozess. Mit über 1000 Anmeldungen wird Medizin und Gewissen erneut der größte medizinethische Kongress Deutschlands. In 35 Veranstaltungen in der Nürnberger Oper, dem Germanischen Nationalmuseum, dem Historischen Rathaus und der Universität werden 80 namhafte Referentinnen und Referenten sprechen.

www.medizinundgewissen.de

WASG München erinnert Regierung von Oberbayern an europäische Menschenrechtsempfehlung

MÜNCHEN. Nachdem der Stadtrat sich mehrheitlich für das Baurecht einer Moschee im Innenstadtbereich ausgesprochen hatte, verhängte die Regierung von Oberbayern nun einen Baustopp. Die juristischen Fachleute der Stadt geben sich siegesgewiss (siehe unten). Aber die CSU im Stadtrat war sich auch sicher, einen Baustopp bewirken zu können, und jetzt ist er da. Der ausführliche begründete Beschluss der Münchener WASG, dessen Anliegen Stadträtin Wolf in der nebenstehenden Anfrage aufgegriffen, zeigt die CSU auf menschenrechtlichem Kollisionskurs.

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der WASG München zum Moschee-Baustopp (24.9.06)

Die WASG München fordert von der Regierung von Oberbayern, sich an die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz zu halten, insbesondere an Empfehlung 5, welche Folgendes besagt:

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz empfiehlt, dass die Regierungen jener Mitgliedsstaaten, in denen moslemische Gemeinschaften angesiedelt sind und in der Lage einer Minderheit leben:

- die nötigen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Freiheit der religiösen Betätigung vollständig garantiert ist; in diesem Zusammenhang sollte der Beseitigung unnötiger rechtlicher oder verwaltungstechnischer Hindernisse besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, die der Errichtung einer ausreichenden Anzahl angemessener sakraler Räumlichkeiten im Weg stehen, die der Ausübung des Islam oder seiner Begräbnisriten dienen.

- sicherzustellen, dass die öffentlichen Einrichtungen sich der Notwendigkeit bewusst werden, in ihrem täglichen Handeln Vorsorge für die legitimen kulturellen und anderen Bedürfnisse zu treffen, die sich aus der Tatsache einer

glaubenspluralen Gesellschaft ergeben. (Quelle: www.coe.int/ecri, general policy recommendation no. 5, eigene Übersetzung)

Die erste Moschee innerhalb des Mittleren Rings mit der Begründung abzulehnen, sie würde die Belichtung und Besonnung und die Gewährleistung des sozialen Wohnfriedens gefährden, ist eine Schande für Bayern. In dieser Frage eskalierend Partei zu ergreifen statt durch administrative Neutralität einem zivilgesellschaftlichen Fortschritt zumindest nicht im Wege zu stehen zeugt von völliger Unfähigkeit, den Anforderungen einer glaubenspluralen Gesellschaft zu genügen. Die WASG München erwartet auch von einer Regierung von Oberbayern, die für das Zusammenleben verschiedenster Menschen verschiedensten Glaubens erforderliche Neutralität nicht den Wahlkampfwünschen des Ministerpräsidenten zu opfern.

Begründung: Vergangenen Montag hat die Regierung von Oberbayern den von der Stadt München erteilten Bauvorbescheid für die Errichtung einer Moschee in Sendling aufgehoben; der Bau füge sich nicht in das Ensemble ein, die Türme seien zu hoch etc. (s.o.). Schon dem Vorbescheid der Stadt waren monatelange Auseinandersetzungen vorange-

gangen, in denen seitens der Stadtregerung die Bedeutung der Moschee für die Integration und seitens der CSU die christliche Prägung betont wurden. Beide Positionen betrachten dabei, politisch gesehen, die Genehmigung des Baus einer Moschee als Gnade, die gewährt oder nicht gewährt wird, aber keinesfalls als Recht.

In der Frage des Baus der Moschee in Sendling geht es nicht um Integration. Die Art und Weise, wie eine solche Frage be- und verhandelt wird, berührt grundsätzliche Fragen der demokratischen Verfasstheit. In einem säkularen Staat gibt es nur zwei Möglichkeiten, mit Religion umzugehen, ohne die Menschenrechte zu verletzen – entweder man fördert alle Glaubensrichtungen gleichermaßen oder man fördert keine. Ein Verhalten, das den einen Glauben gegenüber dem anderen bevorzugt oder benachteiligt, stellt den Anspruch aller auf den Staat als in diesem Punkt neutrale Instanz in Frage.

Es kann kein Unterschied zwischen der Errichtung einer Kirche, einer Synagoge und einer Moschee gemacht werden. Dennoch ist etwa die Reaktion auf die Errichtung der Synagoge am Jakobsplatz eine völlig andere als die auf die Moschee in Sendling. Eine moderne Moschee, die auch einen architektonischen Anspruch erhebt, wird nicht als Symbol bürgerlicher Gleichheit begrüßt, sondern entweder als Eindringen des Fremden zurückgewiesen oder mit Argumenten der Fürsorge gschamig verteidigt. Es stünde der WASG gut an, an diesem Punkt eine andere Position zu beziehen; die Empfehlungen der ECRI liefern dafür eine gute Handhabe.

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz ist kein privater Verein, sondern eine Untergliederung der Menschenrechtsabteilung des Europarates; eine Institution, in die jedes Mitgliedsland einen Vertreter entsendet und die die Umsetzung der Menschenrechtsrichtlinien in der Frage des Rassismus anleiten und überprüfen soll. So gibt es Berichte über die Mitglieds-

Das Planungsreferat München zur Regierungsentscheidung gegen Sendlinger Moschee-Bau:

Die rechtliche Begründung überzeugt nicht (20.9.2006) Die Regierung von Oberbayern hat, wie von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber angekündigt, mit Widerspruchsbescheid vom 18.9.2006 den von der Stadt erteilten positiven Vorbescheid für die Errichtung einer Moschee am Gotzinger Platz in München Sendling aufgehoben.

Der Bescheid ist den beiden Widerspruchsführern und dem Trägerverein der Moschee zugestellt worden. Der Oberbürgermeister wurde vom Regierungspräsidenten schriftlich von dieser Entscheidung in Kenntnis gesetzt. Die Regierung ist sowohl über die Ausführungen der Stadt bei der Vorlage des Widerspruchs wie auch über

die ausführlich begründete anwaltschaftliche Stellungnahme des Trägervereins für das Türkisch-Islamische Kulturzentrum hinweg gegangen.

Jetzt muss eine angebliche Verletzung des Abstandflächenrechtes bei der Beurteilung eines der beiden Minarette als Begründung dafür herhalten, den gesamten Vorbescheid aufzuheben – ein schlankes Minarett mit 3 Metern Durchmesser an der Nordseite des benachbarten Wohnanwesens ohne jegliche Verschattungswirkung.

Selbst wenn die Regierung mit dieser wahrlich konstruierten Argumentation richtig läge – was die Stadt mit Nachdruck bestreitet – wäre eine Teilkorrektur dieser einen Antwort auf zehn im Vorbescheidsantrag gestellte Fragen die einzig rechtlich vertretbare Entscheidung gewesen. Aus der Sicht der Stadt ist daher die komplette

Aufhebung des Vorbescheids unverstänlich, unverhältnismäßig und damit rechtswidrig. Auch die wiederholten Behauptungen, das Türkisch-Islamische Kulturzentrum füge sich nicht im Sinne des § 34 BauGB ein, kann nicht überzeugen. Erst jüngst hat die 8. Kammer des Verwaltungsgerichtes München am 7.6.2005 in einer Eilentscheidung die Gebietsverträglichkeit der Moschee am bisherigen durch Wohnen geprägten Standort – hier der Schanzenbachstraße in Sendling – bestätigt. Am Verlagerungsstandort mit einer Mischnutzung an der Nahtstelle zwischen Großmarkt und Gotzinger Platz muss dies aus Sicht des Planungsreferats erst recht gelten. Das Planungsreferat ist zuversichtlich, dass vor den Verwaltungsgerichten die Rechtsauffassung der Stadt bestätigt werden wird.

Aus: Rathaus Umschau 20.9.2006, Nr. 179

Anfrage:

Helfen europäische Empfehlungen gegen Rassismus und Diskriminierung?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Debatten um den Bau der Sendlinger Moschee haben wieder gezeigt, wie schwierig es ist, in Fragen des Zusammenlebens verschiedener Kulturen und Religionen einen Konsens zu erreichen. Schon aus den Leserbriefen in Münchner Zeitungen ist zu entnehmen, wie Vorurteile und Stereotypen, auch offene diskriminierende und rassistische Positionen eine bedeutende Rolle spielen.

Ohne allgemein angenommene Normen entwickeln sich solche Auseinandersetzungen in eine für das gedeihliche Zusammenleben aller schädliche Richtung. Die Stadt kann nicht umhin, sich an der Entwicklung und Durchsetzung solcher Normen zu beteiligen.

Auf europäischer Ebene gibt es bereits einen solchen Konsens, der sich in der Einrichtung der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) ausdrückt und in den Empfehlungen dieser Kommission zunehmend weiter konkretisiert. Die Empfehlungen der ECRI könnten eine gute Grundlage bieten, auf lange Sicht einen entsprechenden Konsens auch auf städtischer Ebene zu erreichen. Aus diesem Grund bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind der Stadt die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) bekannt? Liegen sie in deutscher Übersetzung vor?
2. Gibt es Überlegungen, diese Empfehlungen zur Richtschnur städtischen Handelns zu machen?
3. Nachfragen haben ergeben, dass ECRI bereit wäre, für den Stadtrat eine Präsentation dieser Richtlinien durchzuführen. Würde die Stadt die Durchführung einer solchen Präsentation (nach Möglichkeit noch vor Wahlkampfbeginn) befürworten und organisieren?

Brigitte Wolf, Stadträtin Linkspartei.PDS

länder, die die Entwicklungen der vergangenen Jahre zusammenfassen und in denen Empfehlungen für die Zukunft ausgesprochen werden. Die General Policy Recommendations behandeln einzelne Fragestellungen wie etwa das Problem von Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime.

Diese Empfehlungen geben einen europäischen zivilgesellschaftlichen Konsens wieder, an dem sich staatliches Handeln orientieren sollte. Dass die Empfehlungen der ECRI vor der deutschen Kulisse schon radikal wirken, zeigt nur, wie unterentwickelt die Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen hierzulande ist.

Die WASG München wird zu diesem Thema Stellung beziehen müssen; die Entscheidung der Regierung von Oberbayern ist ein guter Anlass, dies zu tun.

Protest gegen Sklavenhändler-Denkmal

„Daher fordern wir den sofortige Abriss dieses rassistischen Denkmals“

HAMBURG. Seit Mitte September das Bezirksamt Wandsbek und die Kultursekretärin von Welck die Büsten dreier historischer Wandsbeker Persönlichkeiten, darunter die von Heinrich Carl Schimmelmann (1724-1782), eingeweiht haben, reißt die Kritik nicht ab. Am 25.9. protestierten auf Aufruf der Black Community rund 80 Menschen gegen die Ehrung eines Mannes, der, wie es im Aufruf heißt, mit der Massenentführung, Verschleppung, Vergewaltigung, Massendeportation, Menschenhandel, Völkermord und Versklavung von schwarzen Menschen einst zum reichsten Mann Europas geworden ist.

Die Hamburger Handelshäuser haben von den Anfängen deutscher kolonialer Bestrebungen in Afrika an eine führende Rolle gespielt; diese koloniale Geschichte ist im Stadtbild in vielfacher Weise präsent, in Straßennamen, Gebäuden und Denkmälern. Die Auseinandersetzung um diese Geschichte und ihre Darstellung ist ebenfalls alt. 1967 und 1968 etwa stürzten Studierende das Denkmal des Schutztruppenkommandanten, Reichskommissars und Kolonialgouverneurs von Deutsch-Ostafrika Wissmann. In diesem Frühjahr hatte die GAL außerparlamentarische Aktivitäten für ein Projekt Park Postkolonial in einem Antrag an die Bürgerschaft aufgegriffen, die CDU-Mehrheit schmetterte den Antrag ab.

Der jetzt mit einem öffentlichen Personendenkmal geehrte Schimmelmann verdiente sein erstes Vermögen durch die Verpflegung der preußischen Truppen im Siebenjährigen Krieg. Er erwarb damit zahlreiche Grundstücke und Immobilien in Hamburg und Schleswig-Holstein, erbaute das Wandsbeker Schloss und gilt, so die Beileittafel zur Büste, als Begründer der wirtschaftlichen Stärke Wandsbeks. Unter seiner Gutsherrschaft blühte der Ort auf, heißt es dort weiter, und dass er viel Geld für wohltätige Zwecke ausgegeben habe.

Auf der Website www.afrika-hamburg.de werden die wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten des so Gewürdigten wie folgt beschrieben: Der autarke Schimmelmannsche Wirtschaftskreislauf [wurde] in Gang gehalten durch die drei Güter, zwei Fabriken und vier Plantagen sowie durch Beteiligung am transatlantischen Sklavenhandel. Die Sklavenschiffe rüstete Schimmelmann selbst aus oder ließ diese chartern. Mit rund 1000 Sklaven auf

den eigenen Plantagen gehörte Schimmelmann in seiner Zeit zu den größten Sklavenhaltern weltweit. In seinen Wandsbeker Einrichtungen für Armenfürsorge verarbeiteten Waisenkinder Wolle und Baumwolle zu Textilien ...

Neben dem „Negertuch“ genannten Baumwollstoff gehörten Branntwein und Gewehre zu den wichtigsten Tauschgütern im Handel mit Sklaven. Eigene Schiffe oder die Flotte des Altonaer Reeder von der Smitten brachten die Hamburger Ware nach Afrika und setzten sodann ihre Fahrt fort zu den Westindischen Inseln, diesmal mit menschlicher Fracht.

Die letzte Etappe des Dreieckshandels bildeten Schiffsladungen mit Zucker, Rum und Baumwolle von den westindischen Plantagen nach Europa zur



Weiterverarbeitung in den Schimmelmannschen Manufakturen.

Die Hansestadt stellt nicht nur unkritisch und unverblümt zur Schau, worauf sich ihr Reichtum mit gründet. Die politischen Akteure großen und wachsenden Hamburger Black Community sehen in der Einweihung des Denkmals völlig zu Recht einen gewaltigen Affront. Die Würdigung Schimmelmanns relativiert zum einen das Verbrechen der Sklaverei. Zum anderen symbolisiert sie die europäische Suprematie, den immer noch aktuellen europäischen Überlegenheitsdünkel, der das Zusammenleben in der Metropole Hamburg ganz empfindlich stört. Die Auseinandersetzung um das Schimmelmann-Denkmal hat erst begonnen. SCC

Einstiegsdroge zur Privatisierung:

HAMBURG. Am Donnerstag, den 28.9. 2006 startete um 15 Uhr in Harburg ein Protestzug gegen die geplante Privatisierung des Schulgebäudemanagements an 31 Schulen südlich der Elbe. ver.di rief gemeinsam mit dem Runden Tisch PPP, Elternkammer, Lehrerkammer, Verein der Freunde des Hamburgischen Schulwesens, GEW und DL zu dieser Demonstration auf. Die Bürgerschaft berät z.Zt. darüber, für 31 Schulen südlich der Elbe Sanierung, Bau und Bewirtschaftung der Schulgebäude aus der staatlichen Verantwortung für mindestens 25 Jahre an die GWG (Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien) zu geben. Da dieser ersten Privatisierung ausdrücklich weitere für alle anderen Hamburger Schulen mit gänzlich privaten Partnern folgen sollen, wird diese erste Entscheidung gravierende Folgen haben. ver.di lehnt diese Privatisierung entschieden ab. Die Herstellung und dauerhafte Aufrechterhaltung eines einwandfreien Zustandes aller Schulgebäude und -flächen ist eine zwingende Aufgabe der Schulpolitik und Behördenpflicht und muss als Daseinsvorsorge in der Hand der FHH bleiben. (...) Die an den Schulen arbeitenden Hausmeister und ihre Ehefrauen dürfen nicht zu einem Arbeitgeberwechsel mit deutlich schlechteren Bedingungen gezwungen werden. Die Schulhausmeister haben nicht nur eine Schlüsselrolle bei baulichen Fragen, sondern sind oft die gute Seele der Schule. Die Vorstellung, sie könnten als 100%ige Angestellte der GWG o.a. 'Betreiber' die Interessen der Schulen vertreten, zeugt von Weltfremdheit. (...) Diese geplante Öffentlich-Private-Partnerschaft wird die Stadt mehr als zwei Jahrzehnte binden. Die Politik wird keinen direkten Einfluss mehr auf die weitere Entwicklung haben. Auf die Anforderungen durch neue pädagogische Konzepte oder veränderte Rahmenbedingungen kann dann nur noch reagiert werden, indem zusätzliches Geld an die GWG oder andere Unternehmen fließt. Wie so oft bei Privatisierungen zahlt am Ende der steuerzahlende Bürger die Zeche.

www.hamburg.verdi.de

Privatisierungen im Schulbereich: OFFENBACH. Landrat Peter Walter versprach im November vorletzten Jahres, das Projekt werde pro Jahr 52 Millionen Euro kosten. Wenn man die Kosten im aktuellen Haushalt zusammenrechnet, ergeben sich bereits rund 58 Millionen Euro für dieses Jahr. Das bedeutet, die Einsparungen, mit denen das PPP-Projekt schmackhaft gemacht wurde, werden bereits in diesem Jahr um knapp 6 Millionen Euro geringer ausfallen. Die Planungssicherheit, die bei Einführung

des Projektes so oft gepriesen wurde, hat sich damit bereits als Trugschluss erwiesen. Schon das Defizit im letzten Kreishaushalt von über 100 Millionen Euro war hessenweit Spitze. Das Regierungspräsidium genehmigte den Haushalt nur mit ganz erheblichen Auflagen, die die Handlungsfähigkeit des Kreises massiv einschränken. Weiterhin kritisierte das Regierungspräsidium ausdrücklich die defizitäre Entwicklung im Haushalt aufgrund der PPP-Verpflichtungen. Durch das Projekt an den Schulen des Kreises Offenbach bleibt bei allen Aufgaben des Kreises nur noch ein äußerst geringer Handlungsspielraum.

Per Oldehaver, Die Linke im Kreistag Offenbach

Wohl nicht mehr ganz sauber: KÖLN. Die LINKE KÖLN lehnt die Vorschläge der etablierten Parteien ab, die Abfallgebühren zu erhöhen. Die etablierten Politiker stellen sich als Saubermänner dar – und bezahlen soll die Bevölkerung. Das Grünflächenamt wurde systematisch kaputt gespart, seit 2000 sind rund 250 Arbeitsplätze abgebaut worden, weit über die Hälfte im Bereich der Grünunterhaltung. Mit 50 neuen Jobs kann vielleicht die Verwahrlosung gestoppt, aber der alte Zustand längst nicht wieder hergestellt werden. Trotzdem sollen wir mehr bezahlen, weil diese bisher aus Steuermitteln bezahlte Leistung in den Gebührenbereich verschoben wird. Gebühren sind unsozial. Steuern werden nach Einkommen berechnet, Gebühren nicht. Eine arbeitslose Alleinerziehende wird genauso zur Kasse gebeten wie die Kapitalgeber des Oppenheim-Esch-Fonds oder überbezahlte Politiker. Das ist nichts anderes als verdeckte Umverteilung. Die Plünderung durch Gebühren- und Abgaben-Erhöhlungen muss aufhören. Die Abfallgebühren sollen um 6%, die KVB-Tickets um durchschnittlich 5,4% steigen, Rhein-Energy will ab Oktober 5,5% mehr für Gas, RWE hat eine Strompreiserhöhung für den Beginn nächsten Jahres angekündigt. Die Löhne und Sozialleistungen stagnieren. Irgendwann geht es nicht mehr, die Bevölkerung kann diese Belastungen nicht mehr tragen. Es wird Zeit, dass die Reichen zur Kasse gebeten werden.

www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de

Keine Ausschreibungspflicht für Nahverkehr! MARBURG. Zur öffentlichen Diskussion über die Organisationsform des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Marburg und der Abstimmung über die Vergabe des Linienverkehrs (ÖPNV) in der Universitätsstadt Marburg erklärt Pit Metz, Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken in der StVV der Stadt Marburg: Aus

Furcht vor europaweiten Ausschreibungen wurde der Eigenbetrieb 'Stadtwerke' privatrechtlich organisiert und in eine GmbH umgewandelt. Die Ma-BuS GmbH wurde gekauft und die MitarbeiterInnen werden für dieselbe Arbeit deutlich schlechter bezahlt, als ihre Kolleginnen bei der Stadtwerke GmbH. Ex-OB Dietrich Möller, der jetzige OB Egon Vaupel und Stadtwerkegeschäftsführer Norbert Schüren erzählen gebetsmühlenartig stets das gleiche Märchen. EU-Richtlinien und EU-Verordnungen seien der Grund für 'Umstrukturierungen' und 'Restrukturierungen', wie die Absenkung von Löhnen und die Verschlechterung sozialer Standards in betriebswirtschaftlichen Neusprech vornehm umschrieben werden. Die Marburger Linke hat diesen Darstellungen von Anfang an widersprochen. Konnten sich die Verfechter der formalen Privatisierung bis Juni 2005 noch damit herausreden, dass die Rechtslage unklar und umstritten sei, ist es mit dieser Ausrede jetzt vorbei. Am 9. Juni 2006 hat der EU-Verkehrsministerrat die Neufassung der EU-Verordnung zum ÖPNV abgesegnet. Darin ist festgelegt, dass ein Aufgabenträger des ÖPNV, wie die Stadt Marburg, wählen kann, ob er den ÖPNV selbst erbringt, durch eigene Gesellschaften durchführen lässt oder Dritte mit der Durchführung beauftragt. Nur in diesem Fall ist eine Ausschreibung zwingend vorgeschrieben. Die Fraktion der Linken hat von Anfang an gesagt, die Umwandlung der Stadtwerke ist unnötig, teuer und wurde auch noch technisch jämmerlich durchgeführt. 1,7 Millionen Euro wurden so in den Sand gesetzt.

www.sozialisten.de/politik/kommunal

Wasserwerk in Bürgerhand: SCHÖNSTADT. Die Wassergenossenschaft von Schönstadt und Schwarzenborn (Kreis Marburg-Biedenkopf) ist jetzt offiziell gegründet worden. 315 Bürger haben bereits mehr als 350 Anteile von je 200 Euro gezeichnet. Wir hoffen, dass wir das Wasser zum 1. Januar 2007 übernehmen können, sagte Hannes Weber vom Vorstand der Genossenschaft. Er freute sich, dass schon während der Gründungsversammlung so viele Bürger Anteile zeichneten. Damit sei ein großer Teil der Haushalte beider Dörfer abgedeckt. Als erstes Projekt für 2007 hat sich die Wassergenossenschaft vorgenommen, einen zweiten Tiefbrunnen an das Netz anzuschließen, um die Versorgung zu verbessern. Die im Grundsatz bereits von der Gemeinde Cölbe beschlossene Übergabe der Wasserversorgung an die Genossenschaft war in der Kommune sehr umstritten. Scharfe Proteste gab es und Privatleute strengten einen Bürgerentscheid an, um zu erreichen, dass die Wasserversorgung in

Kommunen-Hand bleibt. Die Initiative scheiterte jedoch im Juli. Bislang gibt es in ganz Hessen nur eine Wassergenossenschaft. In Großbroppenhäusern im Schwalm-Eder-Kreis wurde der Verbund schon vor 51 Jahren bei der Einführung der zentralen Wasserversorgung gegründet. **FR, 20.9.06**

Abwasser vor der Privatisierung:

KIEL. Auf der letzten Kieler Ratssitzung sollte mit der schwarz-grünen Mehrheit die Kieler Stadtentwässerung in eine Betriebsgesellschaft umgewandelt werden, an der zu 49 % private Investoren beteiligt werden. Die SPD setzte nun zunächst eine Vertagung der Entscheidung durch, denn ohne Beratung in den Ausschüssen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit ginge das nicht. Die SPD will ebenfalls die Abwasserversorgung in eine Anstalt öffentlichen Rechts umwandeln, allerdings ohne private Partner. Der Gesamtpersonalrat kritisierte die Privatisierungsabsichten, denn sie hätten steigende Kosten und vermutlich Personalabbau zur Folge und die 180 Mitarbeiter könnten den Betrieb genauso gut führen. In den vergangenen Jahren sind die Gebühreneinnahmen aus der Stadtentwässerung in andere Kanäle geflossen, statt Rücklagen für die Instandhaltung zu bilden. Für CDU und Grüne ist der verursachte Sanierungsstau von mindestens 90 Millionen Euro und die desolate Haushaltslage der Stadt Kiel nun der Grund für die Privatisierung und Bildung einer Betreibergesellschaft. Die Stadt soll sich mit ihrem Teil als Anstalt öffentlichen Rechts an der Betreibergesellschaft beteiligen. Personalrat und Gewerkschaft hatten zunächst verhindert, dass die gesamte Stadtentwässerung in eine GmbH umgewandelt wird. Die Stadt will die Umlandgemeinden, die an der Stadtentwässerung mit dran hängen, an der Betriebsgesellschaft beteiligen. Bislang ist unklar, um welchen privaten Investor es sich handelt. Verträge werden dann wohl auch wieder geheim sein, wie zwischen dem Mannheimer Energieversorger und den Kieler Stadtwerken. Nach dem von der SPD verhinderten Ratsbeschluss muss nun erneut auf einer Ratsversammlung abgestimmt werden. Die öffentliche Debatte ist eröffnet. Dass private Investoren die Stadtentwässerung ohne Renditestreben sanieren werden, ist höchst unglaublich. Wenn der private Betreiber dann pleite ist, bleibt die Stadt auf den Folgen hängen. Oder verkauft dann, wie auch bei der Pleite der TXU, an den nächst besten Monopolisten. **aus: LinX Kiel**

(Zusammenstellung: ulj)

Konferenz des IMB

Globalisierung sozial gestalten

Etwa 180 Gewerkschafter aus 30 Ländern haben am 26. und 27. September in Frankfurt/Main auf einer Konferenz des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB) über Erfahrungen bei der Durchsetzung und im Umgang mit Internationalen Rahmenvereinbarungen (IRV) mit weltweit operierenden Konzernen beraten.

Bei diesen Rahmenvereinbarungen geht es darum, die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) durch Unternehmen zu erreichen. Eine Konferenz der IAO, in der Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungen aus 178 Staaten vertreten sind, hatte diese Kernarbeitsnormen 1998 in einer Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit beschlossen. Darin werden die Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften aufgefordert, die Einhaltung von vier Kernarbeitsnormen zu gewährleisten – das Verbot aller Formen von Zwangsarbeit und Sklaverei, das Verbot der Kinderarbeit, die Koalitionsfreiheit (also das Recht auf Bildung von Gewerkschaften, Streikrecht usw.) und das Verbot der Diskriminierung.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses versuchen Gewerkschaften wie der IMB seitdem, die schon erwähnten Rahmenvereinbarungen mit global operierenden Konzernen zu treffen, um die Einhaltung dieser Normen sowohl innerhalb dieser Konzerne – also in allen Niederlassungen – als auch im Umgang mit Zulieferern zu gewährleisten. In vielen Fällen kommen die schlimmsten Missbräuche nicht in dem Konzern vor, sondern in den Unternehmen, die diesen beliefern, stellt der IMB in einer für die Konferenz gefertigten Hintergrundinformation fest (herunter zu laden unter www.imfmetal.org). Strittig sei auch immer wieder das Ausmaß der Beteiligung der Gewerkschaften bei der Kontrolle über die Einhaltung der Kernarbeitsnormen.

Seit 1998 konnte der IMB mit seinen etwa 200 Mitgliedsgewerkschaften aus 30 Ländern mit folgenden Unternehmen im Organisationsbereich der IG Metall IRVs abschließen: Hartmann, Faber Castell, Triumph, Volkswagen, DaimlerChrysler, Leoni, GEA, Rheinmetall, Bosch, Prym, BMW, EADS, Gebrüder Röchling, SchwanStabilo sowie General Motors Europe und Ford Europe. Darüber hinaus gibt es Abkommen von IMB-Gewerkschaften mit SKF, Merloni (Indesit), Renault, Arcelor und PSA

Peugeot Citroen. Die Liste macht auch schon einige gravierende Schwächen der Gewerkschaftsbewegung deutlich: Konzerne mit Sitz in den USA, Japan oder anderen asiatischen Ländern haben bisher solche IRVs beharrlich verweigert.

Der IG Metall-Vorsitzende Peters kritisierte auf der Konferenz in Frankfurt, dass es bis heute keine verbindlichen zwischenstaatlichen Regelungen auf internationaler Ebene zur Gewährleistung der Kernarbeitsnormen gebe. Die vermutlich weitreichendste Form wäre,



die Kernarbeitsnormen in das Regelwerk der Welthandelsorganisation WTO aufzunehmen. Die WTO kennt im Unterschied zur IAO auch Sanktionen bei Verstößen gegen ihre Regeln. Bei Verdacht auf Verstöße gegen die Kernarbeitsnormen könnten in der WTO Staaten oder große Unternehmen verklagt und am Ende mit empfindlichen Strafen belegt werden. Die Aufnahme der Kernarbeitsnormen in das WTO-Regelwerk wird deshalb seit Jahren von vielen Regierungen und Konzernen, darunter auch von der deutschen Bundesregierung, abgelehnt.

Mit der Zunahme grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen und der wachsenden Bedeutung transnationaler Unternehmen sei auch die Notwendigkeit gestiegen, Arbeitnehmerrechte mit transnationalen Regelungen zu schützen, erklärte Peters. Soziale Standards, die in Deutschland selbstverständlich sind, wandern nicht mit den

Protestresolution zur Rente mit 67

Auf der Delegiertenversammlung am 28. September 2006 der IG Metall Bruchsal wurde eine Protestresolution an die Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Rente mit 67 verabschiedet.

In den nächsten Wochen werden jetzt in allen Betrieben die Beschäftigten über die geplante Verschlechterung in der Rente und im Gesundheitswesen informiert.

Die IG Metall Bruchsal wird sich mit über 400 Teilnehmer an der Demonstration und Kundgebung am 21. Oktober in Stuttgart beteiligen.

An die
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Berlin

Protest-Resolution der IG Metall Delegiertenversammlung vom 28. September 2006 zur Rente mit 67

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Damen und Herren,

verärgert und mit Unverständnis haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der IG Metall Delegiertenversammlung in Bruchsal am 28. September 2006, die fast 10.000 Mitglieder vertreten, auf die geplante Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre reagiert.

Die Delegierten lehnen die Erhöhung der Regel-Rentenaltersgrenze auf 67 Jahre ab.

Die Menschen brauchen nicht die Erhöhung einer starren Regel-Rentenaltersgrenze, sondern die Möglichkeit, flexibel aus dem Arbeitsleben mit zumutbaren Bedingungen auszuscheiden.

Mit dem Vorstoß des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Herrn Müntefering, diese geplante Anhebung des Renteneintrittsalters vorzuziehen, wird dieser beschäftigungspolitische Unsinn noch forciert.

Sollte die Regierungskoalition diese Vorhaben verwirklichen, ist absehbar, dass sich entweder die Arbeitslosigkeit für ältere Menschen weiter verschärft oder sich bei vorzeitigem Renteneintritt die Rente verringert. In einem weiteren Szenario wäre denkbar, dass junge Menschen noch geringere Chancen hätten, eine dauerhafte Beschäftigung zu erhalten.

Auch über das Jahr 2009 hinaus muss Altersteilzeit oder eine wertgleiche Regelung möglich sein.

Das Vorhaben, nach 45 Versicherungsjahren eine Rente ohne Abzug zu gewähren, ist bei weitem keine Alternative. Viele Männer, aber vor allem die meisten Frauen, können eine solche Versicherungszeit gar nicht erreichen, sie müssten auf jeden Fall bis 67 arbeiten.

Wer sich ernsthaft über die Arbeits-

bedingungen in den Betrieben (Schichtarbeit, Akkord, flexible Arbeitszeiten, Zunahme der psychischen Belastungen) einen ungeschönten Blick verschafft, der wird erkennen, dass die laufend steigenden Belastungen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit nahezu unmöglich machen. Oder es würde billiger in Kauf genommen, den älteren Beschäftigten die Lebenszeit durch belastungsbedingte Krankheiten zu verkürzen!

Bei einer Umfrage in den Betrieben erklärten 87 % der Befragten, dass in den letzten Jahren ein enormes Ansteigen des Arbeitstempos sowie eine extreme Leistungsverdichtung stattgefunden hat. Nur jeder fünfte Beschäftigte erreicht das reguläre Rentenalter von 65 Jahren. Über die Hälfte der Beschäftigten wird aufgrund gesundheitlicher Schäden vorzeitig verrentet.

Wir laden Sie ein: Besuchen Sie vor Ort in den Betrieben unserer Region die Kolleginnen und Kollegen und überzeugen sie sich selbst von den beschriebenen Belastungen am Arbeitsplatz. Fragen Sie nach, wie viele Menschen über einem Lebensalter von 60 Jahren überhaupt noch in den Betrieben tätig sind.

Auch Rentner und Rentnerinnen brauchen eine Erhöhung ihrer Renten. Keine Rentenerhöhung bedeutet für sie konkrete Kürzung des monatlichen Einkommens. Keine Rentenerhöhung bedeutet für nachfolgende Generationen weniger Rente.

Deshalb fordern wir jährliche Rentenerhöhungen.

Wir fordern Sie auf:

Haben Sie den Mut, nehmen Sie die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters zurück und schaffen Sie eine Nachfolgeregelung für das Altersteilzeitgesetz.

Tragen Sie durch konkrete Politik dazu bei, dass junge Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

www.bruchsal.igmetall.de

Arbeitsplätzen auf die andere Seite des Globus, sie müssen immer wieder von den Arbeitnehmervertretern neu erkämpft werden, betonte er. Alle reden von Globalisierung, wir gestalten sie sozial. (rül)

Aus den Hintergrundinformationen des IMB

2002 war der Begriff internationale Rahmenvereinbarung (IFA) angenommen worden, um die vom IMB und von seinen Mitgliedsorganisationen angestrebten und ausgehandelten Vereinbarungen von den freiwilligen Verhaltenskodexen zu unterscheiden, die Konzerne zunehmend einseitig annehmen, um so ihr Engagement für die soziale Verantwortung von Unternehmen zu bekunden.

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits etliche Vereinbarungen unterzeichnet worden, so dass der IMB-Exekutivsausschuss auf seiner Tagung in San Diego im Dezember 2002 die bisherigen Fortschritte prüfen und einige der sich aus dieser Erfahrung ergebenden Prinzipien und Probleme feststellen konnte.

Die folgenden Prinzipien wurden auf der Tagung festgestellt:

- Der IMB sollte von Anfang an beteiligt sein
- Die IFA muss von einem oder einer IMB-Beauftragten unterschrieben werden
- Die Vereinbarung muss sich auf alle Betriebe oder Einrichtungen eines Konzerns weltweit erstrecken
- Sie sollte vom IMB und von der Konzernleitung auf globaler Ebene ausgehandelt werden
- Gewerkschaften des Heimatlandes und soweit vorhanden Weltausschüsse sollten eine führende Rolle bei den Verhandlungen spielen
- Gewerkschaften des Heimatlandes sollten konsultiert werden
- Die IFA muss Bezug auf die IAO-Kernarbeitsnormen nehmen und eine Verpflichtung des Konzerns enthalten, Zulieferer zur Beachtung der Prinzipien der IFA zu drängen
- In die Durchführung müssen Gewerkschaften einbezogen werden
- Die Unternehmensleitung muss die Beschäftigten und die Gewerkschaften in allen Betrieben über die IFA und über Möglichkeiten informieren, in ihrem Rahmen Beschwerden vorzubringen (...)

IAO-Kernarbeitsnormen

In der IMB-Modellrahmenvereinbarung heißt es, dass sich Konzerne in den IFA verpflichten müssen, die IAO-Kernarbeitsnormen zu beachten, auf die ausdrücklich mit ihren Nummern Bezug genommen werden muss. Von diesem Prinzip wurde jedoch einige Male abgewichen. So wird in den IFA mit Volkswagen und DaimlerChrysler nicht auf die Nummern der IAO-Übereinkom-



bestimmte Klagen nimmt entgegen:
Plakat des Fabrikarbeitsverbandes, 1926
(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München).

men Bezug genommen, und Kollektivverhandlungen werden gar nicht erwähnt.

Die Vereinbarung mit SKF nimmt nur auf ein IAO-Übereinkommen Bezug, nämlich das über Kinderarbeit.

weite Geltung

In fast allen IFA ist angeführt, dass die Vereinbarung sich auf alle Betriebe oder Einrichtungen des Konzerns weltweit erstrecken muss; eine auffällige Ausnahme bildet Volkswagen, das die Anwendung der IFA auf Länder und Regionen beschränkt, die im Weltkonzernbetriebsrat der Gruppe vertreten sind, was China ausschließt.

Zulieferer

Die Verpflichtung, dass Konzerne ein gewisses Engagement eingehen, um Zulieferer zur Beachtung der Prinzipien der IFA zu drängen, ist auf verschiedene Weise ausgelegt worden. Die meisten Vereinbarungen enthalten eine Formulierung, die in etwa lautet Unternehmen X unterstützt seine Zulieferer dabei und ermutigt sie dazu, diese Prinzipien bei ihrer eigenen Unternehmenspolitik zu berücksichtigen. Es betrachtet dies als eine vorteilhafte Grundlage für künftige Geschäftsbeziehungen.

In zwei IFA ist die Zuliefererklausel wesentlich schwächer. In der IFA mit Merloni heißt es: Die Annahme der geeignetsten Urkunden zur Gewährleistung der Beachtung von IAO-Übereinkommen durch direkte Zulieferer wird in Erwägung gezogen. In der SKF-Vereinbarung heißt es lediglich, dass SKF seine Zulieferer ermutigt, ähnliche Verhaltenskodexe zu beachten. Angesichts dessen, dass die SKF-Vereinbarung keinerlei Bezug auf IAO-Kernarbeitsnormen nimmt, will das nicht viel heißen.

Auf der anderen Seite gibt es drei IFA, in denen die Klausel über Zulieferer viel besser ist:

Bosch – Bosch wird Zulieferer ausschließen, von denen nachweislich bekannt ist, dass sie sich nachhaltig nicht an IAO-Kernarbeitsnormen halten.

EADS – Die Einhaltung der EADS-Standards gilt als Auswahlkriterium für Lieferanten. Infolgedessen erwartet EADS von ihren Lieferanten, dass sie die Grundsätze dieses Rahmenabkommens anerkennen und anwenden.

PSA Peugeot Citroën – Im Rahmen von Ausschreibungen verpflichtet sich PSA Peugeot Citroën, die Wahrung der in Kapitel 2 definierten Menschenrechte als eines der ausschlaggebenden Kriterien bei der Auswahl der Lieferanten des Panels zu betrachten. Alle Verstöße gegen die Einhaltung der Menschenrechte müssen zu korrigierenden Aktionsplänen nach Aufforderung von Seiten von PSA Peugeot Citroën führen. Die Nichteinhaltung dieser Rechte führt zu Sanktionen, die früher oder später bis zur Entfernung aus dem Panel gehen können.

Beziehung zu innerstaatlichen Gesetzen

Es lohnt sich festzustellen, dass mit Ausnahme der Vereinbarung mit Arcelor alle IFA bezüglich ihrer Durchführung auf die eine oder andere Weise auf die innerstaatlichen Gesetze Bezug nehmen. In den meisten Fällen bedeutet das nicht mehr als eine Verpflichtung des Unternehmens, sich an innerstaatliche Gesetze zu halten. Das wirft die Frage auf, ob sich ein Konzern erst nach Unterzeichnung einer IFA verpflichtet, die Gesetze der Länder zu achten, in denen er tätig ist, oder ob Konzerne ihre IFA-Verpflichtungen so verstehen, dass sie gegen keine Gesetze verstoßen, anstatt so, dass sie international anerkannte Arbeitsnormen beachten sollen.

Größere Sorge bereitet die Formulierung der Vereinbarungen mit Volkswagen und LEONI, dass die Verwirklichung der Ziele der IFA unter Berücksichtigung der in den verschiedenen Ländern und Standorten geltenden Gesetze und bestehenden Gepflogenheiten erfolgt. Es ist unklar, welche tatsächliche Auswirkung eine solche Klausel haben könnte, doch wenn es das Ziel der IFA ist, einen höheren Standard dann herbeizuführen, wenn innerstaatliche Gesetze in Bezug auf IAO-Kernarbeitsnormen unzureichend sind, dann können Bestimmungen wie diese eine solche Absicht untergraben. IMB-Mitgliedsorganisationen in den Vereinigten Staaten haben darauf hingewiesen, dass die dort tätigen Konzerne ständig den Vorrang von innerstaatlichen und bundesstaatlichen Gesetzen vor gewerkschaftlichen Rechten anführen, wie sie in den IFA enthalten sind, die der Konzern auf globaler Ebene abgeschlossen hat. ■

Von Pierer verteidigt Regierung.

FAZ, Fr. 15.9.06. Vor zu großer Kritik der Wirtschaftsverbände nimmt Siemens-Aufsichtsratsvorsitzender und Regierungsberater H. von Pierer die Bundesregierung in Schutz: Zwar sei die Gangart zuweilen quälend und die Ergebnisse nicht immer befriedigend, doch habe die Wirtschaft bei der geplanten Unternehmenssteuerreform schon einiges erreicht und die Bestimmungen schon ein Stück weit entschärft. Auch sei der Kompromiss zur Föderalismusreform ein wichtiger Schritt. Besonders lobend äußerte sich Pierer über die neue High-Tech-Strategie der Bundesregierung. Schädlich sei allerdings die Debatte über einen Mindestlohn, das Gleichbehandlungsgesetz und die geplante Gesundheitsreform.

BDI und DIHK prüfen Fusion. FAZ, Mi.

27.9. und Do. 28.9.06. Die beiden Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft erhoffen sich von einer Fusion einen größeren Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung und der EU. Laut BDI gehe es bei der angesprochenen Kooperation mit der Kammerorganisation auch und vor allem um die internationale Vertretung. Die Außenhandelskammern verfügen über ein dichtes Netz, das auch für den BDI von Interesse ist. Es bestehe Einvernehmen, dass Gespräche über eine Fusion die Arbeitgeberverbände (BDA) nicht ausgrenzen dürfe. Der BDI vertritt 100 000 Industrieunternehmen, der DIHK 81 Kammern mit 3,8 Millionen Mitgliedsunternehmen. Die Verbände stehen unter finanziellem Druck (Beitragszahlungen), ihre politische Durchsetzungsfähigkeit wird schwerer, muss mit Konzernvertretern, die ihren Einfluss direkt bei der Regierung geltend machen, konkurrieren. Das politische Lobbying auch einzelner Unternehmen habe seit dem Regierungsumzug deutlich zugenommen.

Korrekturprogramm des BDA für die Gesundheitsreform FAZ, Sa. 23.9.06.

Arbeitgeberpräsident D. Hundt schlägt ein Vorschaltgesetz für die Gesundheitsreform vor mit u.a. folgenden Inhalten: Minderausgaben der gesetzlichen Krankenkassen von ca. 2,2 Mrd. Euro sollen festgeschrieben werden, darunter die Umstellung auf Arzneimittelhöchstpreise, die Kürzung der Krankenhausbudgets und die Ausschreibung von Hilfsmitteln. Die Reduzierung der Bezugsdauer des Krankengeldes von 78 Wochen auf 52 Wochen sowie Vorsorgekuren und Haushaltshilfen brächte weitere Einsparungen. Die Belastungsobergrenze müsse von 2 auf 3 Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens angehoben und die Praxisgebühr von 10 auf 5 Euro gesenkt, dafür aber bei jedem Arztbesuch erhoben werden.

Presseauswertung: rst

Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland

Zweiter Entwurf – von der durch die Parteivorstände der Linkspartei.PDS und der WASG eingesetzten, paritätischen Programmgruppe vorgelegt

Der Programmgruppe gehören an: Joachim Bischoff (WASG), Michael Brie (Linkspartei), Wolfgang Gehrcke (Linkspartei), Bernd Ihme (Linkspartei), Dieter Klein (Linkspartei), Ralf Krämer (WASG), Konstanze Kriese (Linkspartei), Julia Müller (WASG), Katina Schubert (Linkspartei), Axel Troost (WASG), Janine Wissler (WASG). Das Dokument basiert auf den im Februar 2006 vorgelegten Eckpunkten (I) und wurde auf der Basis der sehr intensiven Diskussion in beiden Parteien und in der Öffentlichkeit und unter Berücksichtigung der vielen seitdem vorgelegten Positionen grundsätzlich überarbeitet.

I. Gemeinsam für eine andere Politik

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Allerdings sind die Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und die Lebenschancen ungleich verteilt. Dabei gibt es neue und auch wachsende Möglichkeiten für ein Leben in Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Zerstörerische Prozesse sind die Folge hochkonzentrierter Kapitalmacht, entstehen aus dem neuen Vorrang der internationalen Finanzmärkte und aus dem Übergang der Herrschenden von einer Politik eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu einer marktradikalen, neoliberalen Politik.

Unsere Gesellschaft ist wie viele andere in der Welt von Massenarbeitslosigkeit, von wirtschaftlichen und kulturellen Spaltungen geprägt. Unsere Alternative zu den Zerstörungen eines entfesselten Kapitalismus ist die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Zerstörung der Natur nimmt immer bedrohlichere Dimensionen an. Krieg ist wieder zum Mittel der Politik geworden. Imperiale Politik und Fundamentalismus verstärken sich wechselseitig.

Einer solchen Entwicklung setzen wir Alternativen entgegen. Die Vielfalt individueller Lebensentwürfe begreifen wir als gesellschaftliche Stärke, deren Basis es durch materielle und soziale Sicherheit kollektiv zu sichern gilt. Wir wenden uns damit gegen eine Politik des Forderns und Förderns, die gesellschaftliche Schieflagen zum individuellen Problem erklären will. Ein grundlegender Politikwechsel für eine sozial gerechtere Gesellschaft verlangt nach Antworten, die die uralte Idee der Solidarität mit den neuen Herausforderungen verbinden. Wir setzen uns angesichts der Entfesselung und Deregulie-

rung im gegenwärtigen Kapitalismus für einen neuen Anlauf gesellschaftlicher Transformation ein, der über den Kapitalismus hinausweist und ihn überwindet.

Die Überwindung der Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen sehen wir in einer umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche. Vor allem die Demokratisierung der Wirtschaft verlangt eine breite Debatte darüber, wie die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterworfen werden kann. In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge sowohl sozial als auch effizient gestaltet und genutzt werden kann.

Die gemeinsame Partei der Linken erhebt einen solchen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel. Dazu brauchen wir die kritische und solidarische Auseinandersetzung mit der Geschichte linker Praxis in der DDR und der BRD. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung und der Bewegungen gegen staatliche Repressionen und für die Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte für alle. Wir knüpfen an das Engagement all jener an, die sich für die Beseitigung der Ursachen des Faschismus eingesetzt haben. Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse. Wir werden unterschiedliche Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte bewahren und erschließen, die gemeinsam unsere neue Partei bilden.

Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor Andersdenkenden ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.

Gemeinsam wollen wir eine Partei bilden, wie es sie in Deutschland noch nicht gibt – Linke einigend, demokratisch und sozial, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant,

antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend. Wir sind Teil der europäischen Linken. Wir sind Teil der Bewegungen überall auf der Erde, die dafür kämpfen: Eine andere Welt ist möglich.

II. Eine andere Welt ist nötig

In den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelte sich eine weltweite, vor allem ökonomische Krise. Die Wachstumsraten der schwerfälligen Planwirtschaften des Staatssozialismus sanken stark. Die Ölkrise markierte eine Rezession der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die nachholende Entwicklung des Südens, die mit der Entkolonialisierung hoffnungsvoll begonnen hatte, war in großen Regionen rückläufig. In derselben Zeit entstanden Bewegungen für mehr Freiheit, Solidarität und Demokratie. Sie wurden von den Herrschenden bekämpft und wie im Fall des Prager Frühlings oder der chilenischen Volksfront-Regierung unter Salvador Allende sogar mit Waffengewalt niedergeschlagen. Die kapitalistischen Länder suchten den Ausweg aus der Krise im Neoliberalismus, in der Ablegung sozialstaatlicher „Fesseln“. Als mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion das größte Gegengewicht wegfiel, konnten sich die zerstörerischen Tendenzen des ungehemmten Marktes immer mehr entfalten. Heute bestimmen transnationale Konzerne und die Kapital- und Finanzmärkte zunehmend die gesellschaftliche Entwicklung.

Der Neoliberalismus tritt im Namen von mehr Freiheit an, doch neue Freiräume werden der Kapitalverwertung unterworfen. Neoliberale Kräfte fordern weniger Staat und bauen den Sozialstaat zugunsten eines repressiven Wettbewerbsstaats ab. Sie berufen sich auf die Demokratie und setzen die Schwächung der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen und Bewegungen durch. Sie verfolgen eine unsolidarische Politik der Privatisierung, Deregulierung und der Unterordnung aller Lebenssphären unter die Märkte. Sie lösen neue imperiale Kriege aus und verschärfen täglich die Terrorgefahren. Statt Chancengleichheit zu fördern, vergrößern sie die Kluft zwischen Oben und Unten. Niedriglohnssektoren breiten sich aus. Steigende Gewinne gehen Hand in Hand mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Große Teile der Bevölkerung wenden sich von der demokratischen Willensbildung ab.

Ein Widerspruch wird immer stärker: Auf der einen Seite sind Produktivität, Bildungsstand, wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit, internationale Arbeitsteilung, Frauenemanzipation und Individualitätentwicklung fortgeschrittener denn je. Armut, Hunger, Slums, Analphabetismus und viele Krankheiten können überwunden werden. Die überkommene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und die tiefsitzenden patriarchalen Verhaltensmuster sind historisch überholt. Mit weniger Arbeitszeit unter humanen Bedingungen und ökologisch verträglich kann eine bessere Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erreicht werden. Ein grundlegend neues Verhältnis zur Natur ist möglich. Eine globale solidarische Entwicklung aller Völker und Regionen in Frieden, eine Weltgesellschaft der Freien und Gleichen kann das 21. Jahrhundert prägen.

Auf der anderen Seite stehen diesen Möglichkeiten die Herrschafts- und Eigentumsstrukturen des modernen Kapitalismus entgegen. Durch die globalen Finanzmärkte wirken die Renditeansprüche des Kapitals schrankenlos und weltweit. Arbeitsplatzverlust, Realeinkommensenkung und unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind für viele Menschen Alltag. Die an den Kapitalbedürfnissen ausgerichtete Flexibilisierung der Produktion und des Arbeitsmarkts zerstört das Familien- und Gemeinschaftsleben. Öffentliches Eigentum wird privatisiert und politischer Gestaltung entzogen. Immer schneller wird die Zerstörung sozialer Sicherheit vorangetrieben. Im Gegensatz zu einer Reihe anderer Länder werden in unserem Land die Wege zur Zurückdrängung von Arbeitslosigkeit und Armut nicht beschritten.

Die offen hervortretende Klassenspaltung der Gesellschaft fällt zusammen mit anderen Unterdrückungsverhältnissen: Trotz Gleichstellungsbemühungen ist die Privilegierung von Männern strukturell ungebrochen. Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung und Religion werden diskriminiert. Rassismus und Antisemitismus nehmen zu.

Der globale Kapitalismus verschärft die Umweltkrise. Seine Wirtschaft tickt nach kurzfristigen Börsenkursbewegungen. Dies steht in einem tiefen Widerspruch zu den langfristigen Zyklen der Natur. Umwelttechnologien sind hoch entwickelt, aber der ökologische Umbau von Wirtschaft und Lebensweisen wird nirgendwo energisch angepackt.

Neoliberaler Kapitalismus bedeutet Entdemokratisierung. Bei den internationalen Finanzfonds, transnationalen Konzernen und in den supranationalen Organisationen des globalen Kapitalismus – Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds, Welt-

bank usw. – ist eine ungeheure Machtfülle konzentriert. Sie sind jeder demokratischen Kontrolle entzogen. Die Substanz der Demokratie wird ausgehöhlt. Mit dem proklamierten „Krieg gegen den Terrorismus“ wird eine massive Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten gerechtfertigt. Es wird immer ungehemmter zu barbarischen Methoden der Herrschaft gegriffen.

Die imperiale Politik unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika zielt auf eine ganz der Kapitalverwertung untergeordnete Welt, auf die ungehinderte Verfügung über Rohstoffe und Energieträger, auf Ausweitung von Herrschaft und Einflussphären. Aufgekündigt ist die Norm des Völkerrechts, die jeden Angriffskrieg verbietet. Die NATO und die Europäische Union setzen auf globale Eingreiftruppen. Im Namen eines Kreuzzuges gegen den Terrorismus kommen Tausende unschuldiger Menschen ums Leben. Eine Spirale der Gewalt erzeugt immer neue Bereitschaft zu Terrorakten, der menschenverachtenden Antwort auch auf die Arroganz imperialer Macht und die tiefen Gräben zwischen reichen und armen Ländern.

III. Unsere Alternative: Soziale, demokratische und friedensstiftende Transformation statt Entfesselung des Kapitalismus

Eine andere Politik ist nötig und möglich. Die neue Linke unterbreitet eigene Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart – auf die gewachsene internationale Verflechtung, die chronische Massenarbeitslosigkeit, die Krise der sozialen Sicherungssysteme, die Begrenztheit von Ressourcen und der ökologischen Belastbarkeit der Erde, den Wandel der Altersstruktur der Gesellschaft. Wir bestreiten, dass es wegen begrenzter wirtschaftlicher Potenziale unumgänglich sei, von der Bevölkerung Verzicht auf Sicherheit, Selbstbestimmung und eine hohe Lebensqualität zu verlangen.

Die neue Linke legt programmatische Grundzüge einer umfassenden gesellschaftlichen Umgestaltung vor, um die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft zu beenden und den Herausforderungen der Gegenwart mit einem alternativen Entwicklungsweg zu begegnen. Es ist ein Programm des Richtungswechsels der Politik und der Erneuerung der Demokratie. Unsere Ziele sind

- eine Demokratisierung der Gesellschaft, die allen gleiche Mitgestaltungsmöglichkeiten garantiert. Dazu gehört der Kampf gegen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus;
- eine soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft: Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor für Männer und für Frauen die Möglichkeit zur Teilhabe an Er-

werbstätigkeit und deren soziale Gestaltung. Dies ist Bedingung und Grundlage für vielfältige andere Tätigkeiten.

- eine Wirtschaftsdemokratie, die alle Formen des Eigentums sozialen Kriterien unterwirft. Im öffentlichen Eigentum an Einrichtungen der Daseinsvorsorge sehen wir eine unverzichtbare Grundlage einer solidarischen Gesellschaft;

- eine neue Solidarität auf der Basis moderner öffentlicher Dienstleistungen, solidarischer Sicherungssysteme und des ökologischen Umbaus der Gesellschaft als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens in Sicherheit;

- eine internationale Ordnung des Friedens, der kollektiven Sicherheit und einer solidarischen Entwicklung, zu der eine veränderte Europäische Union beitragen soll.

Wir streiten für eine Gesellschaft, die gleiche Teilhabe für jede und jeden an der Gestaltung der Gesellschaft und an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität ermöglicht. Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx). Demokratischer Sozialismus ist für viele von uns ein emanzipatorischer und transformatorischer Prozess, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und zugleich über diese hinausweist.

1. Arbeit: Selbstbestimmt und solidarisch statt abhängig und in Konkurrenz

Erwerbsarbeit steht heute mehr denn je in einem Spannungsverhältnis zwischen Streben nach Selbstverwirklichung auf der einen sowie Ausbeutung und Unsicherheit auf der anderen Seite. Ein Teil der Lohnarbeitsverhältnisse ist bestimmt durch wachsende Autonomie in der Arbeit. Gleichzeitig breiten sich soziale Unsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, niedrige Löhne, extreme Abhängigkeit und Unterordnung aus. Arbeit im Haushalt, partnerschaftliche Fürsorge, soziale Arbeit werden auch weiterhin vor allem von Frauen verrichtet. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten an schlecht bezahlter Arbeit ist besonders hoch.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der jede Frau und jeder Mann an allen Formen der Arbeit – Erwerbsarbeit, Arbeit in Familien und Partnerschaften, ehrenamtlicher Arbeit und Arbeit in der Freizeit – teilhaben kann und diese Arbeiten gerecht verteilt sind. Das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.

Um dieses Ziel einer Neuorganisation gesellschaftlicher Lebenschancen und Arbeit zu erreichen, setzen wir uns ein für eine Zurückdrängung der Macht der Finanzmärkte, für eine deutliche Ver-

ringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede, für eine Ausweitung öffentlicher Investitionen, für die Aufwertung der Eigentumsformen einer solidarischen Ökonomie und ein umfassendes System sozialer Sicherheit. Für die Lohnarbeit heißt dies

- **Arbeitszeitverkürzung:** Wir wenden uns gegen die Verlängerung der Arbeitszeiten und fordern ihre schrittweise Verkürzung. Langfristig streben wir eine 30 Stundenwoche, Wahlarbeitszeiten und Zeitsouveränität als Grundlage einer neuen Verteilung von Erwerbsarbeit und anderen Arbeitsformen an. Aufgrund der steigenden Produktivität der Arbeit kann dies erreicht werden, ohne dass die Einkommen sinken.

- **neue Arbeitsplätze durch ökologischen und sozialen Umbau,** darauf konzentrierte öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme und Förderung technologischer Innovationen sowie den bedarfsgerechten Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen von Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie öffentlichem Personenverkehr und anderen Bereichen der Daseinsvorsorge.

- **öffentlich geförderte und gestaltete Beschäftigungssektoren** mit genossenschaftlichen Elementen, die jene sozialen, kulturellen und ökologischen Bedürfnisse befriedigen, die weder der Markt noch der öffentliche Dienst abdecken.

- **eine aktive Arbeitsmarktpolitik,** die sich auf diejenigen konzentriert, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wollen, dass ihnen durch Konzentration öffentlicher Finanzmittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten werden.

- **eine Nutzung der Produktivitätsgewinne** für höhere Reallöhne und Arbeitszeitverkürzung.

- **einen gesetzlichen Mindestlohn** in existenzsichernder Höhe.

- **die Durchsetzung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses** auf der Basis der vollen sozialen Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse und der Humanisierung der Arbeit, der Tarifautonomie und der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, eines hohen Kündigungsschutzes und starker Mitbestimmungsrechte aller Beschäftigten sowie der Angleichung der Löhne von Frauen an die der Männer.

- **Gültigkeit der inländischen Sozialstandards** für alle hier Arbeitenden durch Ausdehnung des Entsendegesetzes auf alle Branchen und eine grundlegende Reform der europäischen Dienstleistungsrichtlinie, um alle Formen von Dumpingkonkurrenz zu verhindern und gemeinwohlorientierte Dienstleistungen zu sichern.

- **Vergabe öffentlicher Aufträge** an solche Unternehmen, die hohe soziale

Standards einhalten.

2. Wirtschaft: Nachhaltig dem Gemeinwohl verpflichtet statt kapitaldominiert und umweltzerstörend

Die neoliberale Gegenreform hat die Macht der Finanzmärkte, der transnationalen Kapitalgesellschaften, der Marktsteuerung und der Großkonzerne gestärkt. Fünfhundert Konzerne kontrollieren die Hälfte des Weltsozialprodukts. In den Machtzentren des Finanzkapitals wird weltweit nahezu unkontrolliert über Investitionen, Arbeitsplätze und die Lebensperspektiven von Milliarden Menschen entschieden. Die Kapitalrendite ist wiederum zum Maß aller Verhältnisse geworden. Die heutige Wirtschaftsordnung führt zu Niedrigstlohnkonkurrenz, Armutsmigration, Umweltzerstörung, schreiender Ungerechtigkeit und Elend für sehr viele Menschen.

Um ein selbstbestimmtes Leben, sinnvolle und sozial gestaltete Arbeit für alle zu ermöglichen, einen ökologischen Umbau einzuleiten, die sozialen Sicherungssysteme zu erneuern und solidarische Entwicklung global zu ermöglichen, ist ein grundsätzlicher Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unumgänglich.

Die Linke tritt für das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft sowie für einen sozialen und ökologischen Wandel in der Europäischen Union ein. Alternative Wirtschaftspolitik ist gestaltende Politik. Sie zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik anstelle von deren Unterordnung unter Marktzwänge. Sie misst längerfristiger Struktur-, Wissenschafts- und Technologiepolitik erhebliches Gewicht bei. Sie betrachtet gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln als wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch sie strebt eine neue sozial-ökologische Rahmensezung für die Marktmechanismen an, weil ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen. Für mehr Investitionen und die Sicherung des Sozialstaats braucht der Staat Geld. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Durch höhere Einnahmen kann auch die Verschuldung sozial gerecht abgebaut werden.

Zur Einleitung einer wirtschaftspolitischen Umkehr setzen wir uns ein für

- **öffentliche beschäftigungsfördernde Zukunftsinvestitionsprogramme:** Die öffentlichen Investitionen müssen mindestens auf das westeuropäische Durchschnittsniveau, also um jährlich 20 bis 30 Milliarden Euro, angehoben werden.

- **einen ökologischen Umbau:** Dazu gehören der Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien, die Verringerung

des Energieeinsatzes und erhöhte Energieeffizienz, eine ökologische Wende in der Verkehrsentwicklung und die Vermeidung von Abfällen, um einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe zu leisten und aus der Sackgasse atomar-fossiler Energiewirtschaft herauszukommen. Wir wollen den Ausbau der ökologischen Land- und Waldbewirtschaftung und die Förderung eines deutschland- und europaweiten Schutzgebietssystems zur Erhaltung der Artenvielfalt. Durch das Steuer- und Abgabensystem soll umweltfreundliches Handeln finanziell belohnt und handeln, das ökologische Schäden verursacht, belastet werden.

- **gerechte Steuerpolitik:** Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen. Es soll wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden, die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften ist zu erhöhen. Steuerschlupflöcher, die insbesondere Vermögende und Großverdiener begünstigen, sind konsequent zu schließen und Wirtschaftskriminalität ist entschiedener zu bekämpfen. Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Wertpapieren und Immobilien wollen wir ohne Spekulationsfristen besteuern. Der Spitzensteuersatz soll auf mindestens 50 Prozent angehoben werden.

- **die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und die Dezentralisierung privater wirtschaftlicher Macht:** Dies verlangt unter anderem Beschränkung der Wertpapier- und Devisenspekulation, europäische Regelungen für die Eindämmung von Kapitaltransfers in Steueroasen sowie eine Verschärfung der Kartellgesetzgebung.

- **die Förderung von Genossenschaften und anderer Formen solidarischer Ökonomie.**

3. Sozialsysteme: Sicherheit und Förderung für jede und jeden statt Zwang und sozialer Spaltung

Sozialabbau, Privatisierung, Massenarbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung und stagnierende bzw. sinkende Einkommen haben die bisherigen Sozialsysteme in eine Krise geführt. Sie entsprechen nicht mehr den neuen Lebensläufen und Bedürfnissen. Die solidarischen Sicherungssysteme und der Sozialstaat sind eine wesentliche Errungenschaft. Nur auf Rechtsansprüchen gegründete soziale Sicherheit ermöglicht Freiheit für alle, nicht allein für die Vermögenden.

Die Partei der Linken setzt sich für eine Erneuerung des Sozialstaats und der öffentlichen Dienstleistungen ein. Soziale Sicherheit soll der Entfaltung der Persönlichkeit Rückhalt geben, einen umfassenden Schutz aller Mitglieder der Gesellschaft vor den großen sozialen Risiken, eine Sicherung des Lebensstandards im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit gewähr-

leisten, Armut verhindern und die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt der Lebensweisen ermöglichen.

Zur Verwirklichung dieser Aufgaben treten wir ein für

- die Überwindung der Hartz-IV-Gesetze.

- die Demokratisierung sozialer Sicherungssysteme, Stärkung ihrer solidarischen Elemente und die Erneuerung der Selbstverwaltung.

- die geschlechtergerechte Gestaltung aller sozialpolitischen Beiträge und Leistungen.

- die Einführung einer Grundsicherung: Wer von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine individuelle, steuerfinanzierte, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben, ohne Repressionen fürchten zu müssen. Zumutbare Arbeitsangebote müssen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt sein. Wir diskutieren weiter mit unterschiedlichen Kräften über Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

- eine neue Rentenpolitik: Mit höheren Löhnen müssen auch wieder die Renten steigen. Die gesetzliche Rentenversicherung soll in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die schrittweise Angehörige aller Berufsgruppen einbezogen werden. Wir fordern, Diskriminierungen im Rentenrecht für Ostdeutsche endgültig zu beseitigen. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 65 Jahre lehnen wir ab.

- eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen: Die gesamte Bevölkerung soll in einer sozialen Krankenversicherung sein, die alle medizinisch notwendigen Leistungen trägt. Alle Einkommen sollen einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenzen angehoben werden. Wir wollen die paritätische Finanzierung der Beiträge durch die Arbeitsgeber wieder herstellen.

- einen Umbau des Gesundheitswesens: Durch Strukturreformen soll die hochwertige medizinische Versorgung für alle gewährleistet werden. Dringlich sind eine bessere Kooperation zwischen den Ärzten, Krankenhäusern und allen Leistungserbringern, die Förderung von Gesundheitszentren, die Begrenzung der Profite der Pharmakonzerne durch Einführung einer Positivliste für Arzneimittel, ein größeres Gewicht von Vorbeugung und Nachsorge und die Verbesserungen von Arbeitsbedingungen und Entlohnung für das medizinische und pflegerische Personal sowie gestärkte Rechte der Patientinnen und Patienten.

- den Erhalt der öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge: Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität, Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigen wir die öffentliche Daseinsvorsorge und treten für ihre Ausweitung

ein. Wir wollen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.

4. Politik: Mehr Demokratie wagen statt autoritäre „Sachzwang-Politik“

In immer mehr Bereichen der Gesellschaft registrieren wir eine Einschränkung demokratischer Rechte auch mittels internationaler Organisationen und europäischer Einrichtungen. Der so genannte Krieg gegen den Terror wird für den Abbau von Grund- und Freiheitsrechten genutzt. Diese Tendenzen wollen wir umkehren.

Als Linke verlangen wir, dass über die wirtschaftliche, politische und kulturelle Ordnung unserer Gesellschaften und ihre Entwicklung demokratisch entschieden wird.

Wir stehen für eine Demokratisierung der Demokratie und fordern

- eine Stärkung der individuellen Rechte: Staatliches Handeln muss immer überprüfbar und die Einzelnen müssen vor ungerechtfertigten Zugriffen des Staats geschützt sein. Deswegen ist der Rechtsstaat mit der Rechtsweggarantie für uns ein hohes Gut und wir brauchen unabhängige Kontrollinstanzen gegenüber den staatlichen Sicherheitsorganen. Wir halten an der strikten Trennung von Polizei und Bundeswehr sowie von Polizei und Geheimdiensten fest. Das Recht, selbst über die eigenen Daten und ihre Verwendung zu bestimmen, ist für uns unveräußerlich.

- Wirtschaftsdemokratie: Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an. Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden. Wir fordern die gesetzliche Zulassung politischer Streiks.

- Geschlechterdemokratie: Der Grad gesellschaftlicher Demokratie misst sich für uns an der Freiheit der Frauen, differenzierte Lebensentwürfe und Orientierungen umsetzen zu können. Für uns sind Quotierung und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, die Gleichstellung von Frauen in den Systemen sozialer Sicherung und Gesundheit, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, bedarfsdeckender Ausbau von Ganztageseinrichtungen zur Kinderbetreuung sowie ein Elterngeld, das starke Anreize für eine partnerschaftliche Aufteilung der Erziehungsarbeit unter beiden Eltern setzt, zentrale Forderungen. Die Trennung in männliche und weibliche soziale Rollen wollen wir überwinden. Wir verlangen die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch. Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir, indem wir ihre Rechte stärken, eine umfassende Infrastruktur

von Beratungs- und Schutzeinrichtungen fördern und die Selbstorganisation von Frauen unterstützen.

- eine enge Verbindung von parlamentarischer und direkter Demokratie: Volksbegehren und -entscheide sowie Bürgerhaushalte sollen mehr Einfluss und Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

- die Stärkung demokratischer Mitwirkung: Für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte sowie Bürgerinnen und Bürger wollen wir demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte.

- gleiche Rechte: Allen in Deutschland und der Europäischen Union lebenden und arbeitenden Menschen stehen gleiche Rechte einschließlich des Wahlrechts zu. Wir begreifen die vielfältigen Herkunftsländer der deutschen Bevölkerung als Bereicherung und nehmen die Gestaltung der Integration der eingewanderten und schon lange hier lebenden Bevölkerung als gesellschaftliche Herausforderung an.

- offene Grenzen für Menschen in Not – daran halten wir fest: Wir setzen uns für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl ein und werben für die Harmonisierung des Asylrechts in Europa auf hohem Niveau.

- Ächtung des Rechtsextremismus und Neonazismus: Wir werden sie bekämpfen, den öffentlichen Raum gegen sie verteidigen und die antifaschistische Bildungsarbeit intensivieren. Deswegen wollen wir zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus wirkungsvoller machen, u.a. indem wir dafür sorgen, dass entsprechende Initiativen und Beratungsteams öffentliche Mittel erhalten.

5. Wissenschaft und Bildung, Medien und Kultur: Beitrag zu Aufklärung und Emanzipation statt Selbstvermarktung

Die Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologien hat die Chancen für die freie Entwicklung der Einzelnen außerordentlich erhöht. Der Neoliberalismus nutzt diese neuen Potenziale, ordnet sie der Standortkonkurrenz und dem Zwang zur Selbstvermarktung unter. Statt Bildung wird marktfähiges Wissen gefordert, Lernen für eine ungewisse Zukunft, kulturelle Debatten über Alternativen werden von Stereotypen der Medien- und Werbewelt überlagert. Experimentelle Ideen und künstlerische sowie wissenschaftliche Grundlagenforschung sind bedroht.

Mit unseren politischen Alternativen wollen wir den kreativen Freiraum aus den Nischen holen. Wir streben an, dass Bildung ein eigenständiges und freies Leben ermöglicht, dass Wissenschaft und Kultur demokratisches Gut und der Allgemeinheit verpflichtet sind. Dazu

braucht es unseres Erachtens

- ein wohnortnahes und qualifiziertes staatliches Bildungssystem: Wir setzen uns ein für die Aufwertung der vor-schulischen Bildung, eine ganztägige integrative Schule von der ersten bis zur neunten Klasse, ein breites Angebot an Volkshochschulen, Musikschulen sowie Sportstätten.
- den Erhalt und Ausbau des dualen Berufsschulsystems: Es ist Grundlage eines flächendeckenden und auswahl-fähigen Ausbildungsplatzangebots und braucht eine Umlagefinanzierung.
- Abschaffung von Gebühren im Bildungsbereich: Bildung ist für uns ein öffentliches Gut, das wegen seiner Bedeutung kostenfrei zugänglich sein soll.
- Demokratisierung der Hochschulen: Die profitorientierte Einflussnahme auf Universitäten und Hochschulen soll zurückgedrängt und die öffentliche Finanzierung ausgebaut werden. Wir streben an den Hochschulen eine drittelparitätische Selbstverwaltung an. Der Zugang zu allen Studienabschlüssen soll frei bleiben. Wir treten ein für die Stärkung der Grundlagenforschung, für ein ausgewogenes Verhältnis von theoretischer und anwendungsorientierter Forschung und Lehre, für den Abbau hierarchischer Strukturen und größere Selbstständigkeit des wissenschaftlichen Mittelbaus.
- Neuausrichtung der Forschung: Die wissenschaftliche Forschung sollte ausgehend von demokratischen Entscheidungen auf die entscheidenden ungelösten Probleme der Gesellschaft konzentriert werden. Wir wenden uns gegen Patente auf Gene von Lebewesen oder Teilen von Lebewesen, insbesondere von Menschen sowie von Software.
- kulturelle Freiheit und Vielfalt: Kultur- und Medienpolitik sollte der Träger Vielfalt kultureller Produktion gerecht werden und öffentliche und gemeinnützige Institutionen und privatwirtschaftliche Verlage, Studios, Agenturen und künstlerischer Produktionsfirmen fördern.
- kooperativer Kulturföderalismus mit europäischer Dimension: Er hat lebenswerte Kommunen zum Ausgangspunkt, die in der Lage sind, das regionale Kulturleben in allen sozialen Milieus zu fördern und Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung aller Altersgruppen zu gewährleisten.
- Informations- und Meinungsfreiheit: Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Pressefreiheit in den Redaktionen der Medienkonzerne sichern. Eine deutliche Verschärfung der Kartellgesetzgebung soll die Monopolisierung der Massenmedien beenden. Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen wollen wir stärken und zugleich einen Ausgleich finden, damit nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig eingeschränkt wird.

6. Regionalentwicklung: Ein Neubeginn für Ostdeutschland und strukturschwache Gebiete Westdeutschlands statt Spaltung

Die neoliberale Standortkonkurrenz verschärft die regionale Ungleichheit. Metropolen und Wachstumszentren stehen strukturschwache, abgehangene, entleerte Gebiete gegenüber. Die Form der deutsch-deutschen Vereinigung hat das Land zwischen Elbe und Oder in eine strukturell abhängige Transferregion verwandelt.

Eine Politik des „Weiter so“ ist unverantwortlich. Es ist höchste Zeit für einen Perspektiven- und Strategiewechsel. Das langfristige Ziel ist eine selbsttragende wirtschaftliche und soziale Entwicklung für Ostdeutschland wie für alle strukturschwachen Regionen der Bundesrepublik. Eine andere Wirtschaftspolitik in Deutschland ist dafür eine notwendige Bedingung. Die Gestaltung neuer Entwicklungswege für Ostdeutschland verlangt eine neue gesamtdeutsche Innovations-, Investitions- und Strukturpolitik sowie eine verstärkte Förderung der Selbstorganisation von unten – in den lokalen Räumen, Regionen, Ländern. Notwendig sind besonders:

- Anerkennung und Respekt: Wir fordern gleiche Rente bei gleicher Lebensleistung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir treten für gleichen Respekt vor den Lebensleistungen in Ost und West ein.
- eine neue Regionalpolitik: Das heißt vor allem eine Konzentration auf die in allen Regionen vorhandenen, jedoch ganz unterschiedlichen Entwicklungspotenziale – gleich ob Hightech, gewerbliche Wirtschaft, Hochschulen, Gesundheitswirtschaft, Kultureinrichtungen, Naturtourismus, Bio-Landwirtschaft – und ihre gezielte Förderung als Bedingung des Erhalts der vorhandenen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Notwendig ist die kooperative Verflechtung von Wachstumszentren, strukturschwachen, ländlichen und peripheren Räumen. Erforderlich sind spezifische regionale Entwicklungskonzepte, die eine lebenswerte Zukunftsperspektive für alle Regionen schaffen.
- Verstärkte Investitionen in Bildung, Qualifikation und Forschung: von den Kindertagesstätten über Hochschulen und Forschungseinrichtungen bis zu innovativen Unternehmen und Wirtschaftskreisläufen.
- eine veränderte Industrie-, Landwirtschafts- und Strukturpolitik: Sie soll Zukunftsbranchen und -unternehmen fördern und gemeinsam mit Wissenschaftseinrichtungen Zentren regionaler Wirtschaftsentwicklung schaffen, die zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe beitragen. Bedingungen dafür sind ausreichende Kreditvergabe durch Landesbanken und Sparkassen an die oft eigenkapitalschwachen ost-

deutschen Unternehmen sowie Planungssicherheit für die Verfügung über Mittel aus der EU, dem Bundeshaushalt und dem Solidarpakt. Länder mit besonders großen Struktur- und Haushaltsproblemen sollen statt der Hälfte nur noch einen kleineren Teil der Fördermittel kofinanzieren müssen.

- eine Steuer- und Finanzreform, die die Länder und Kommunen mit den notwendigen Mitteln für eine nachhaltige Entwicklung ausstattet.

7. Internationale Politik und Europäische Union: Eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie statt Militarisierung und Privatisierung

Das Ende des Kalten Kriegs wurde zum Beginn einer Welle neuer Kriege. Der Kampf um die globale Vorherrschaft, den Zugang zu wichtigen Ressourcen und geopolitische Kontrolle wird offen militärisch ausgetragen. Die weltweiten Rüstungsausgaben sind auf über 1000 Milliarden Dollar gestiegen. Das Scheitern der eigenständigen Entwicklung sowie Armut, Umwelt- und ethnische Konflikte in einer ganzen Reihe von Weltregionen haben viele Staaten an den Rand des Zerfalls gebracht und anhaltende Bürgerkriege ausgelöst. Die Europäische Union trägt durch eine neoliberale Politik und Militarisierung zu diesen Tendenzen bei.

Eine Umkehr ist nötig. Außen- und Friedenspolitik von Linken hat ihre Grundlage im Völkerrecht, strebt nach globaler Gerechtigkeit und der Verwirklichung der Menschenrechte, verlangt die weltweite Ächtung von Massenvernichtungswaffen. Nur soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Demokratie garantieren Stabilität und friedliche Zusammenarbeit. Unsere Alternativen sind:

- Deutsche und europäische Außenpolitik muss Friedenspolitik werden: Von deutschem und europäischem Boden dürfen keine Kriege ausgehen. Die Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden. Die Nutzung von ausländischen Militärbasen auf dem Boden der Bundesrepublik für Aggressionskriege und menschenrechtsfeindliche Verschleppungen muss beendet werden. Militärbündnisse wie die NATO wollen wir überwinden. Die militärischen Potentiale der EU müssen reduziert und in Richtung einer strukturellen Nichtangriffs- und Nichtinterventionsfähigkeit umgebaut werden. Zivile Konfliktvermeidung und -lösung haben Priorität. Deutschland soll auf die Entwicklung und die Produktion von Angriffswaffen verzichten, Rüstungsexporte verbieten, die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aufkündigen und Abrüstung zur Staatsaufgabe machen, auch durch mutige einseitige Schritte. Weltweite Abrüstung und ein Verbot aller

Massenvernichtungswaffen gehören auf die internationale Tagesordnung.

- Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung: Dazu gehören Schritte zur Kontrolle und Regulierung der internationalen Finanzmärkte, Stopp der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Überführung wichtiger Naturressourcen in Staatseigentum, eine umfassende Entschuldung armer Länder, die Anhebung der Entwicklungshilfe auf über 0,7 Prozent des Brutto sozialprodukts. Nachhaltige Entwicklung und soziale Rechte müssen Vorrang vor kapitalorientierter Liberalisierung haben.

- Reform der UNO: Das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt des Friedens und der Wahrung der Menschenrechte zu erreichen, erfordert eine weitere Stärkung der UNO, mehr Rechte der Vollversammlung gegenüber den Ansprüchen der Welt- und Großmächte. Verschleppungen, geheime Gefängnisse und Folter sind weltweit zu ächten. Die Koordination der internationalen Anstrengungen für eine gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung sollte bei einer demokratisierten und gestärkten UNO liegen.

- Wandel der Europäischen Union: Die Linke tritt dafür ein, dass sich die EU von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion entwickelt. Wichtige erste Schritte wären ein europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit und Umwelt und eine Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen sowie eine demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank. Nationalstaaten und Europäische Union müssen ein neues Verhältnis eingehen. Der Schlüssel dafür ist die Demokratisierung der Nationalstaaten und der EU.

IV. Für einen Richtungswechsel

Noch herrscht der neoliberale Zeitgeist. Neue Streiks, die Demonstrationen gegen die Agenda 2010 und Hartz IV sowie die Wahlerfolge der Linken zeigen, dass dies nicht so bleiben muss. Bürgerinnen und Bürger beginnen sich zu wehren. Es ist die strategische Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel beizutragen. Deshalb haben wir uns auf folgende strategische Ziele verständigt:

- Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und Entwicklung von Alternativen: Wir setzen der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen Entwicklungsweges entgegen. Diese werden wir mit den Erfahrungen und Konflikten in den Betrieben und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentlichen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme ver-

stehen wir vor allem als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Antworten auf die neuen Herausforderungen unter dem Einfluss von Kapitalinteressen sowie als Ausdruck von Krisenprozessen und Widersprüchen, die die kapitalistische Ökonomie hervorbringt. In der öffentlichen Debatte hebt die Linke den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive hervor. Dringlich sind Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, breit angelegte Bildungsarbeit, Bildung von Netzwerken und das Eingreifen in wissenschaftliche Diskussionen.

- Bündnis gegen den Neoliberalismus: Die Überwindung des Neoliberalismus wird nur gelingen, wenn sich in der Gesellschaft ein breites Bündnis und eine politische Sammlungsbewegung für einen Richtungswechsel formieren. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig Arbeitender in der Bundesrepublik und im europäischen und internationalen Maßstab aus. Wir wollen zu einem sozialen Bündnis beitragen, das hochqualifizierte Beschäftigte und Kernbelegschaften wie auch in unsicheren und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätige sowie Erwerbslose, Selbständige und sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer zusammenführt. Wir werden Bündnisse gegen den Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen. Wir wollen alle Menschen ansprechen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen, unabhängig von ihrer Herkunft und Weltanschauung.

- Strategische Zusammenarbeit: Die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist nur möglich, wenn sich die politische Linke gemeinsam mit starken Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen, Initiativen, progressive Wissenschaft und Kultur aktiv gegen den Neoliberalismus und alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft stellt. Als Partei werden wir die Anliegen und Aktivitäten dieser Bewegungen aufgreifen und unsere eigenen Funktionen wahrnehmen. Wir werden unsere Mitglieder bestärken, in diesen Bewegungen aktiv mitzuwirken.

- Außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit: Wir werden die Bürgerinnen und Bürger gegen die Projekte des Neoliberalismus mobilisieren und setzen uns für eine neue Sammlungsbewegung ein. Politische Kämpfe und Wahlen dienen uns dazu, unsere alternativen Reformprojekte zu vertreten und um Mehrheiten für ihre Durchsetzung zu streiten. Die parlamentarische Arbeit werden wir so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der Transparenz po-

litischer Prozesse, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht, der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient.

- Gesellschaftlicher Protest, Entwicklung von Alternativen und Gestaltungsanspruch: Die Linke wird gesellschaftlichen Protest, die Entwicklung von Alternativen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen. Regierungsbeteiligung ist für die Linke ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind. Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Errichtung von Barrieren gegen die neoliberale Offensive, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben; d. h. die Veränderung der Kräfteverhältnisse und ein Beitrag zur Einleitung eines Politikwechsels. Die Linke ist – auch in der Regierung – nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert ist und wie sie gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke Politik braucht die weiter treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung. Wir gehen parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel der Politik befördert. Wir stehen zugleich für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung. Den unterschiedlichen Möglichkeiten auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene politischen Wirkens werden wir in unserer Politik Rechnung tragen. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist dabei die bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig sind, hier erfolgen die meisten Weichenstellungen.

- Wirken in der Partei der Europäischen Linken: Die Partei der Europäischen Linken ist ein neuer Faktor im politischen Leben Europas. Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der Linken und bietet die Möglichkeit, zusammen das Kräfteverhältnis in Europa nach links zu verschieben. Gemeinsame Projekte für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa können erfolgreich sein.

Wir wollen eine Welt schaffen, in der die Würde jeder und jedes Einzelnen wirklich unantastbar ist, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden vereint sind, in der die Menschen im Gleichklang mit der Natur leben. Dazu wirken wir für ein breites Reformbündnis. Gemeinsam streiten wir dafür, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist.

7. Oktober. Fulda. *Arbeitsausschuss des Forums.* 11.15 Uhr.

7. Oktober. Berlin. *Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.*

7. Oktober Berlin. *Anti-Atomkonferenz der Linkspartei.PDS.* 10 Uhr bis 16.30 Uhr, Neues Stadthaus, Parochialstraße 3, Otto-Suhr-Saal (U-Bhf. Klosterstraße). Mit Jochen Stay, Henrik Paulitz, Wolfgang Methling u.v.a., weitere Informationen: www.oekologische-plattform.de

21. Oktober. Berlin, Dortmund, Frankfurt, München, Stuttgart. *Soziale Politik? Das geht besser. Aber nicht von allein!* Protestdemonstrationen des DGB gegen die große Koalition.

26./27. Oktober, Berlin. *Konferenz Wasser: Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes – Chance oder Gefahr für eine nachhaltige Entwicklung?* Die 2. internationale Nachhaltigkeitskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutiert die Privatisierung der Wasserversorgung in Europa und Lateinamerika. Näheres: www.rosalux.de

3. bis 5. November, Berlin. Die LINKE führt in Zusammenarbeit mit der RLS ein *Nahost-Treffen* durch, an dem sich Linke aus Israel, Palästina und Europa beteiligen.

4. November, Hannover. *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

4. November, Augsburg. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS Bayern.*

18./19. November, Weimar. *4. Parteitag der WASG.* Mit Wahlen zum Bundesvorstand.

18./19. November, Tübingen. *IMI-Kongress: Staat im Krieg – Krieg im Staat: Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt.* Veranstaltungsort: Alten- und Begegnungsstätte Hirsch, Hirschgasse 9. Mit dem diesjährigen Kongress hat sich die Informationsstelle Militarisierung e.V. zum Ziel gesetzt, Ursachen, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Expansion des Militärischen in der Außen- und Innenpolitik zu analysieren. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Auswirkungen der zunehmend militärisch abgesicherte Ausschluss großer Teile der (Welt)Bevölkerung von politischen Entscheidungen, Rechten und gesellschaftlich produziertem Wohlstand hat. Diese Entwicklungen führen zu einem unerlösen äußeren Militarismus, ja sogar einer Wiederkehr kolonialer Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen. Hiermit wird die Welt in einen permanenten Ausnahme- und Kriegszustand versetzt, der wiederum die innere Verfasstheit der kriegführenden Staaten ändert.

27./28. November. Dresden. *CDU-Parteitag,* Wahl des Vorstands.

29. November. Berlin. *Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe.* Die Konferenz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von deutschem Staat und Neofaschismus. Kompetente Referentinnen und Referenten setzen sich kritisch mit ausgewählten Aspekten staatlichen Handelns und der zugrundeliegenden politischen Haltung auseinander. Mit Dr. Ralf Feldmann (Richter am Bochumer Amtsgericht, angefragt): „Aktuelle juristische Probleme der Auseinandersetzung mit Neofaschismus“ • Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte): „Das Dilemma der ‚wehrhaften Demokratie‘ am Beispiel Verfassungsschutz und NPD-Verbotsverfahren“ • Brigitte Pothmer (MdB Bündnis 90/Die Grünen): „Parlamentarische Initiativen gegen Rechts“ • Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher VVN-BdA): „Die staatliche Variante des Geschichtsrevisionismus“ • Frank Brendle (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ulla Jelpke, MdB DIE

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2007	Frühj.	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quellen: www.bundestag.de/parlament/wahltermine

LINKE): „Traditions- und politisches Selbstverständnis der Bundeswehr“ • Bernhard Müller (Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“): „Der Staatsumbau und seine ideologischen Folgen“ 13.00 bis 18.00 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Eintritt: 5,00 Euro; ermäßigt 3,00 Euro. Veranstalter: VVN-BdA zusammen mit DRAFD, KFSR und Lagergemeinschaften unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1./2. Dezember, Berlin. *12. Kongress Armut und Gesundheit* Präventionen für gesunde Lebenswelten – „Soziales Kapital“ als Investition in Gesundheit. Veranstalter: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Näheres: www.gesundheitliche-chancengleichheit.de

4. bis 7. Januar, Erfurt. Linke Schule. Näheres folgt.